

SVP – die Partei für den Kanton Zürich

**Parteiprogramm
der Zürcher SVP
2011-2015**

Inhaltsverzeichnis

<i>Auf einen Blick:</i> Die Schwerpunkte der Zürcher SVP	4
<i>Eigenständigkeit:</i> Die Schweiz als Sonderfall	5
<i>Bürger und Staat:</i> Gegen Entmachtung und Bevormundung	6
<i>Aussenpolitik:</i> Schweizer Interessen wahren	7
<i>Wirtschaft:</i> Mehr Markt, weniger Vorschriften	9
<i>Eigentum:</i> Schutz vor linkem Raubzug	11
<i>Öffentliche Finanzen und Steuern:</i> Stopp dem Aufwandwachstum	12
<i>Sicherheit und Justiz:</i> Endlich konsequent handeln	14
<i>Armee:</i> Landesverteidigung als Kernauftrag	15
<i>Asylpolitik:</i> Weniger Missbrauch dank der SVP.....	17
<i>Ausländerpolitik:</i> Ruinöse Zuwanderung ins Sozialsystem	18
<i>Bildung und Forschung:</i> Bildung statt Reformen	20
<i>Umwelt:</i> Handeln statt lamentieren	22
<i>Land- und Forstwirtschaft:</i> Für hochwertige, gesunde Produkte	23
<i>Sozialwerke:</i> Soziale Sicherheit dank Masshalten	24
<i>Gesundheit:</i> Die Prämien müssen sinken	26
<i>Verkehr:</i> Der Verkehr muss fliessen	27

<i>Energie:</i>	
Sichere, günstige Versorgung – auch für morgen	29
<i>Medien:</i>	
Private Vielfalt, nicht staatliche Einfalt	30
<i>Kultur:</i>	
Staatlich fördern heisst auch diskriminieren	32
<i>Sport:</i>	
Gut für Körper und Geist	33
<i>Mensch, Familie und Gemeinschaft:</i>	
Miteinander statt gegeneinander	34
<i>Religionen:</i>	
Unsere Werte sind herausgefordert	35
<i>Partei der Grundätze:</i>	
Darum braucht es eine starke SVP	36

Auf einen Blick:

Die Schwerpunkte der Zürcher SVP

Wer die Zürcher SVP wählt, soll wissen, woran er ist. Die Zürcher SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter der SVP auf allen Stufen boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzen. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich ein:

- für eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand, für ein Zuhause im Heimatkanton Zürich und in unserem Kleinstaat Schweiz;
- für den schweizerischen Sonderfall mit den Säulen Souveränität, direkte Demokratie, immerwährende Neutralität, Föderalismus und Gemeindeautonomie;
- für eigenverantwortlich handelnde Bürger mit grossen Mitbestimmungsrechten statt zentralistische Staatsallmacht;
- für eine weltoffenen und selbstbewusste Aussenpolitik ohne EWR-, EU- oder NATO-Beitritt;
- für weniger Steuern, Zwangsabgaben und Gebühren, damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr zum Leben bleibt;
- für mehr Markt und weniger Bürokratie für sichere Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und Gewerbebetrieben;
- für die Garantie des Privateigentum bei Vermögen, Grund und Boden, Wohnen sowie den Schutz des geistigen Eigentums;
- für einen sparsamen Staatshaushalt zur Reduktion der ständig steigenden Staatsausgaben und zum Abbau des wachsenden Schuldenbergs;
- für die konsequente Strafverfolgung und verschärften Strafvollzug statt der Verhätschelung der Kriminellen;
- für eine bedrohungsgerechte Milizarmee, welche das Land verteidigt und die Bevölkerung bei Katastrophen schützt;
- für eine konsequente Asylpolitik, die den Missbrauch verhindert, aber den echten Flüchtlingen Schutz gewährt;
- für eine effiziente Ausländerpolitik, welche die Qualität der Zuwanderung sicherstellt statt durch Personenfreizügigkeit eine Massenimmigration zu ermöglichen;
- für ein Bildungssystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird;
- für einen aktiven Umweltschutz statt dem Katastrophengeschwätz von Linken und Grünen;
- für eine produzierende Land- und Forstwirtschaft mit bäuerlichen Unternehmern, deren Freiheit nicht durch Vorschriften erstickt wird;
- für sichere Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs durch Scheininvaliden und Arbeitsscheue; Handeln nach dem Grundsatz der Solidarität statt dem Giesskannenprinzip;

- für die Gesundung des Gesundheitswesens durch Prämiensenkung und Entschlackung des Leistungskatalogs; Förderung der Selbstverantwortung;
- für eine Verkehrspolitik, die den öffentlichen und den privaten Verkehr nicht gegeneinander ausspielt;
- für die sichere, günstige und möglichst unabhängige Energieversorgung von Haushaltungen und Betrieben;
- für eine Medienpolitik, die auf den Wettbewerb unter Privaten setzt statt auf das Monopol von Radio und Fernsehen SRG;
- für eine lebendige Kultur, die vom Staat weder verordnet noch in verfilzten Strukturen gefördert wird;
- für sportliche Betätigung im Rahmen von Spitzen- und Breitensport;
- für ein Miteinander von Alt und Jung, Frau und Mann, Familien und Alleinstehenden;
- für die Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur unter Ablehnung von religiöser Gewalt, Fanatismus und Verachtung unseres freiheitlichen Rechtsstaates.

Eigenständigkeit:

Die Schweiz als Sonderfall

Die SVP steht ein für eine unabhängige, weltoffene Schweiz, die mit allen Staaten der Welt gute politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhält, gleichzeitig aber über ihre Souveränität wacht und ihre Angelegenheiten selber bestimmt. Die Schweiz als Nation erklärt sich aus der gemeinsam bestandenen Geschichte. Dazu einigt sie das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie und dauernd bewaffnete Neutralität.

Bekenntnis zum Sonderfall

Unser heutiger Bundesstaat ist vor über 160 Jahren als demokratische, föderalistisch aufgebaute Republik inmitten von europäischen Monarchien entstanden. Später wurde dieser Sonderfall mit dem Ausbau der direkten Mitbestimmungsrechte des Volkes weiter ausgebaut zum heute weltweit einzigartigen und hochmodernen Konzept des direktdemokratischen Kleinstaates Schweiz. Dieser hat uns trotz ungünstiger äusserer Voraussetzungen über fast zwei Jahrhunderte Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Wenn wir aufhören, uns zu unserem Sonderfall zu bekennen und eine oder mehrere unserer Staatssäulen preisgeben, ist die Qualität der Schweiz als Ganzes gefährdet.

Besinnung auf unsere Stärken

Das Nachlaufen und Nachvollziehen war noch nie eine Stärke unseres Landes. Die Probleme sollen da gelöst werden, wo man sie kennt und die Übersicht vorhanden ist. Um unsere Probleme eigenständig zu lösen, brauchen wir unsere eigene Gesetzgebung in einem souveränen, handlungsfähigen Staat. Wenn wir glauben, die ändern würden unsere Probleme lösen, befinden wir uns auf dem Holzweg. Auch Vorbilder gibt es kaum, denn nur wenige

Staaten haben die Probleme gelöst, unter denen auch wir leiden: Schuldenwirtschaft, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität und Massenzuwanderung.

Der Föderalismus hat Zukunft

Unser Bundesstaat als Zusammenschluss von Minderheiten ist undenkbar ohne weitgehende föderalistische Rechte von Kantonen und Gemeinden. Nur der Föderalismus gewährt den Bürgerinnen und Bürgern die bestmögliche demokratische Mitbestimmung in überschaubarem Rahmen. Zentralistische Entscheide über die Köpfe der Bevölkerung hinweg führen zu Resignation, Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch zu Misswirtschaft. Je bürgernäher die Entscheidungen ausfallen, desto effizienter und sinnvoller wird mit öffentlichen Geldern umgegangen. Aus all diesen Gründen streben in vielen Ländern immer mehr Menschen nach mehr Föderalismus und Mitbestimmung.

Erfolgsrezept bewahren

Unserem Land ist es immer dann gut gegangen, wenn es zum Sonderfall Sorge trug, statt die andern nachzuahmen oder mit internationalen Organisationen zu „harmonisieren“. Das schweizerische Erfolgsrezept besteht im Prinzip der Gegenläufigkeit: Sie war Republik inmitten von Monarchien, sie hielt das Lämpchen von Demokratie und Freiheit aufrecht inmitten von Diktaturen, und sie geht ihren eigenen unabhängigen Weg mitten in einer „integrierten“ Europäischen Union. Dank diesem Sonderweg hat sich die Schweiz in kurzer Zeit vom „Armenhaus Europas“ zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt entwickelt.

Bürger und Staat:

Gegen Entmachtung und Bevormundung

Die mündigen, vollwertigen und mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürger sind heute stark herausgefordert. Globalisierung und internationale Verflechtungen führen dazu, dass ihnen die Entscheidungen zunehmend durch politische Gremien, Gerichte, internationale Organisationen und Funktionäre abgenommen werden. Die schleichende Internationalisierung, Bürokratisierung, Zentralisierung und Harmonisierung bedrohen unsere direkte Demokratie. Die schrittweise Entmündigung geschieht unter dem Deckmantel des schön tönenden Schlagworts „Effizienzsteigerung“. Die Menschen sollen das von oben Verordnete nur noch brav abnicken. Sie müssen sich gegenüber der Obrigkeit immer mehr rechtfertigen und in ihrem Tun kontrollieren und überwachen lassen. Die SVP fordert von allen Politikern das selbstbewusste Eintreten für unser Rechtssystem.

Behörden als willfähige, übereifrige Vollzugsgehilfen

Der Bund übernimmt zunehmend das international Vorgegebene, die Kantone vollziehen das vom Bund Angeordnete und die Gemeinden vollziehen das vom Kanton Befohlene. Die Behördenmitglieder aller Stufen können immer weniger selber gestalten und sehen sich degradiert zu blossen Vollzugsgehilfen. Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die ständige Zunahme von parteilosen Mitgliedern in den Gemeindebehörden. Diese sind weltanschaulich oft kaum gefestigt und legen weniger Wert auf die Gemeindeautonomie als die

Vertreter der SVP. Nicht selten sind sie reine Verwalter und Bürokraten, die obrigkeitliche Anordnungen zum Nachteil der Bürger willig umsetzen.

Schleichende Anpassung an fremdes Recht

Unser schweizerisches Rechtssystem wird auf dem Wege des Nachvollzugs ständig mehr ans EU-Recht und ans internationale Völkerrecht angepasst. Allerdings wird weder das EU-Recht noch das Völkerrecht von den Völkern gestaltet, sondern von Funktionären, Experten und Politikern. Die Europäische Menschenrechtskonvention macht unsere staatlichen Freiheitsrechte weitgehend gegenstandslos. Wegen der UNO-Antirassismuskonvention wurde ein Rassismus-Strafartikel eingeführt, welcher die Meinungsäusserungsfreiheit einschränkt. Ein UNO-Pakt verpflichtet uns grundsätzlich, den Zugang zum Hochschulunterricht für jedermann freizugeben. Die von der Schweiz unterzeichnete Sozialcharta würde uns im Falle der Ratifizierung zum ständigen Weiterausbau des Sozialstaats verpflichten. Die SVP widersetzt sich den Bestrebungen zum Eintritt in den UNO-Sicherheitsrat.

Rassismugesetz abschaffen

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm wurde im Widerspruch zu früheren Versprechungen durch die Gerichtspraxis ständig ausgeweitet. Neuerdings sind auch Äusserungen im nichtöffentlichen Rahmen oder Fasnachtsverse strafbar. Die wissenschaftliche Forschung wird beeinträchtigt, indem etwa ausländische Gastreferenten mit ihrer Sicht der armenisch-türkischen Geschichte strafrechtlich verfolgt werden. Dies schafft uns internationale Feindschaften und trägt uns den Vorwurf ein, wir seien bezüglich Freiheitsrechte alles andere als ein Vorbild. Tatsächlich macht sich hierzulande ein Klima der Einschüchterung breit, in welchem die Linken ihre Tabuzonen wie Ausländerpolitik, Sozialmissbrauch und Entwicklungshilfe juristisch absichern. Dieses Maulkorbgesetz ist eines freien Landes unwürdig und gehört abgeschafft.

Bürger, nicht Gerichte sollen entscheiden

Die politischen Entscheide sollen möglichst dezentral und nahe bei den Bürgern gefällt werden. Die Gemeinde ist die kleinste politische Einheit und steht den Bürgern am nächsten. Es soll möglichst auf Gemeindeebene und darum sachgerecht über lokale Angelegenheiten wie ergänzende Bildungsangebote, Krippenplätze, Wassergebühren oder allfällige Zusammenschlüsse von Gemeinden und Zweckverbänden entschieden werden. Gerichte dürfen sich nicht über verfassungsmässige Grundsätze hinwegsetzen und die Rechte der Bürger beschneiden. Die SVP lässt nicht zu, dass die demokratischen Rechte immer mehr eingeschränkt werden und dass sich die Justiz – eine von drei gleichberechtigten Staatsgewalten – zunehmend über die Demokratie stellen will. Darum sollen die Gemeinden auch selbständig und abschliessend über die Form der Einbürgerungen entscheiden.

Aussenpolitik:

Schweizer Interessen wahren

Seit Jahrhunderten ist die Schweiz wirtschaftlich und kulturell aufs Engste mit dem Ausland verbunden. Sie war niemals eine abgeschottete, isolierte Insel, sondern pflegte seit je freundschaftliche Beziehungen zu den andern Ländern dieser Welt. Dies gilt für die Staaten

des europäischen Kontinentes, genauso aber für jene in den vier andern Kontinenten. Unser Land und seine Bewohner sind im internationalen Vergleich ausserordentlich weltoffen und weit gereist. Gerade weil die meisten Schweizerinnen und Schweizer die Welt von zahlreichen Reisen und längeren oder kürzeren beruflichen Aufenthalten kennen, wissen sie um die Vorteile unseres Landes. Als echte Patrioten lieben sie ihre eigene Herkunft und Heimat, achten aber die Vaterländer der ausländischen Mitmenschen. Bei aller Offenheit wollen sie die politische Selbstbestimmung in den eigenen Händen behalten und nicht an andere abtreten.

Mehr Selbstbewusstsein pflegen

Die meisten Bürgerinnen und Bürger, gerade auch die Jüngeren, haben als Angehörige unseres kleinstaatlichen Sonderfalls keine Minderwertigkeitskomplexe. Sie begegnen den Ausländern mit Selbstbewusstsein und sind bereit, die Vorzüge der Schweiz zu pflegen und zu erhalten. Wer sich selber erniedrigt, darf auch nicht erwarten, dass die andern ihn achten. Noch immer gibt es zu viele Politiker, die sich im Ausland für unser Land entschuldigen und fast dafür schämen, Schweizer zu sein. Die SVP vertritt demgegenüber den aufrechten aussenpolitischen Gang. Aussenpolitik ist Interessenpolitik: Unsere Interessen müssen wieder mit Selbstbewusstsein und Hartnäckigkeit gegen aussen vertreten werden.

Diplomatie des Vorbilds, nicht des Zeigefingers

Der Aussenpolitik des Bundesrates mangelt es an Systematik, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Sie ist allzu oft nicht mehr geprägt von bewährten Grundsätzen, sondern von opportunistischem Mitschwimmen in jener Strömung, die gerade Mode ist. Anstelle des eigenständigen Denkens ist das Mitschreien im internationalen Chor der Heuchler getreten. Zurückhaltung und Diskretion weichen zunehmend Besserwisserei, Schulmeisterei und Einmischung. Diese Diplomatie des erhobenen Zeigefingers benennt Schuldige, nimmt Partei und stösst andere Staaten und Handelspartner vor den Kopf. Gefragt wäre aber eine Diplomatie des Vorbildes.

Aussenpolitik ist Wirtschaftspolitik

Aussenpolitik bedeutet nicht Profilierungssucht, Kongresstourismus und Konferenzbetriebsamkeit, sondern Interessenpolitik vornehmlich im Dienste unserer Aussenwirtschaft. Wirtschaftlich gesehen ist unser Land kein Kleinstaat, sondern gehört mit seiner produzierenden Industrie und seinen vielfältigen Dienstleistungen zu den wichtigeren Ländern. Die Erhaltung unseres Wohlstandes erfordert die konsequente Pflege interessanter Absatzmärkte. Die SVP verlangt, dass eine pragmatische Aussenpolitik mit besonderer Berücksichtigung der Aussenwirtschaft wieder stärker betont wird. Die in letzter Zeit ausgeprägt moralisierende Aussenpolitik diplomatischer Gutmenschen bringt unserem Land letztlich keinen Gewinn.

EU-Beitritt verhindern

Will die Schweiz ihre Souveränität und Handlungsfreiheit bewahren, darf sie sich nicht noch mehr institutionell einbinden. Ein EU-Beitritt würde das Ende von Unabhängigkeit, Neutralität, Föderalismus und direkter Demokratie bedeuten. Ohne die SVP und ohne direkte Demokratie wäre die Schweiz schon lange Mitglied der Europäischen Union. Die schlimmen Konsequenzen, die der Schweiz 1992 bei einem EWR-Nein prophezeit wurden, sind allesamt nicht eingetreten. Vielmehr beurteilen zahlreiche internationale „Ratings“ unser Land als das wettbewerbsfähigste der Welt – dies ohne Mitgliedschaft in EU und EWR. Mit den ausgehandelten Bilateralen Verträgen sind nun die wichtigen Dossiers mit der Europäischen Union geklärt und der EU-Beitritt vom Tisch. Das EU-Beitritts-gesuch in Brüssel muss endlich zurückgezogen werden. Denn eine EU-Mitgliedschaft würde schwere Nachteile mit sich bringen: weniger Lohn, höhere Zinsen, höhere Mieten, zusätzliche Mehrwertsteuern,

Nettozahlungen von mehreren Milliarden, Verlust des Frankens und des Bankkundengeheimnisses.

Neutralität aktuell wie eh und je

Zu den wichtigsten aussenpolitischen Maximen der Schweiz gehört die immerwährende Neutralität. Sie hat uns nicht nur fast zweihundert Jahre Frieden beschert, sondern gewinnt auch in Zukunft an Bedeutung. Neutralität schützt uns vor Kriegsbegeisterung, vor Medien-Manipulation und vor dem Nachgeben unter Druck. Die Neutralität erlaubt uns unparteiische Hilfe, wo sie wirklich gebraucht wird. Aber sie braucht standfeste, selbstbewusste Politiker, Diplomaten und Soldaten. Die Neutralität bewahrt die Bevölkerung vor den Wünschen der Eliten nach Grösse, Medienauftritten, Applaus und Ruhm. Gerade die jüngsten, bis nach Europa hineingetragenen Terroranschläge zeigen, dass die Neutralität einen besseren Schutz bietet als voreilige Parteinahme.

Entwicklungshilfe überprüfen

Die vielen Milliarden, welche die Schweiz in die Entwicklungshilfe steckt, haben nachweislich bei weitem nicht die gewünschten positiven Auswirkungen gebracht. Vielmehr machen sich angesichts der mangelnden Resultate Resignation und Enttäuschung breit. Während der asiatische Kontinent auf Marktwirtschaft setzt und ohne Entwicklungshilfe ein erfreuliches Wachstum erlebt, versickert das investierte Geld in Afrika ohne erkennbaren Effekt. Heute drängen von dort so viele Menschen Richtung Norden wie nie zuvor. Ein realistisches Urteil ist nicht von Entwicklungshelfern, DEZA-Beamten oder Machthabern in den Empfängerländern zu erwarten, sondern von vor Ort tätigen Ingenieuren, Technikern, Landwirten und Unternehmern. Die SVP wendet sich gegen linke Bestrebungen, die Entwicklungshilfe zur Tabuzone zu erklären. Vielmehr verlangt sie eine rigorose Überprüfung aller Zahlungen auf ihre Wirksamkeit und allfällige Streichungen. Die Hilfeleistungen sind an bestimmte Verträge zu koppeln, vornehmlich an Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber.

Wirtschaft:

Mehr Markt, weniger Vorschriften

Drei Viertel der schweizerischen Arbeitsstellen finden sich in kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Die KMU sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Aber auch die international tätigen Grosskonzerne, die selbst nur einen geringen Teil ihrer Wertschöpfung in der Schweiz erwirtschaften, aber grosse Kunden der lokalen Zulieferer und Dienstleister darstellen, sind für uns von grosser Bedeutung. Sie sind auf gute Standortbedingungen angewiesen – für sie steht die Schweiz mit anderen Ländern im Standortwettbewerb. Der Kanton Zürich erwirtschaftet mit 100 Milliarden Franken mehr als einen Fünftel der Schweizer Wertschöpfung. Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent und kompetent wie die SVP. Denn die grosse Mehrheit ihrer Volksvertreter im Nationalrat wie im Zürcher Kantonsrat sind selbständig Erwerbende und in der Privatwirtschaft Tätige. Die SVP will das Aktienrecht revidieren, um Lohnexzesse zu verhindern und das private Eigentum vor Manager-Raubzügen zu schützen.

Vorschriftenschungel lichten

Unternehmen und Gewerbebetriebe werden durch einen Dschungel staatlicher Vorschriften und Reglemente geplagt und damit in ihrer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt. Die in Umfragen meistgenannte Schwäche der Schweiz ist die überbordende staatliche Bürokratie. Die zunehmende Flut von Gesetzen, Verordnungen oder komplizierte Abrechnungsverfahren im Steuerbereich gefährden Arbeitsplätze. Die Auflagen im Bereich von Bauen, Raumplanung, Betriebsführung, Sozialleistungen, Versorgung und Entsorgung werden immer strenger und belasten vor allem den Mittelstand. Jeder der 300'000 Schweizer KMU-Betriebe muss sich heute während 650 unbezahlten Stunden mit Papierkrieg beschäftigen; 1986 waren es noch 370 Stunden. Dies bedeutet für die Wirtschaft unproduktive Kosten von 7 Milliarden Franken im Jahr. Die SVP kämpft für mehr Freiraum und weniger Regulierungen, tiefere Steuern, gegen die Doppelbesteuerung der Unternehmensgewinne, für die Befreiung der Unternehmen von der direkten Bundessteuer, für günstige Zinsen und billige Energie. Sie fordert seit Jahren die Abschaffung des wirtschaftsfeindlichen Verbandsbeschwerderechts, mit dem einige professionelle Verhinderer notwendige Zukunftsinvestitionen und damit Wachstum und Wohlstand sabotieren.

Markt statt Filz

Obwohl das sozialistische Wirtschaftssystem überall auf der Welt katastrophal gescheitert ist, wird unserem Wirtschaftsleben zunehmend planwirtschaftliches Gedankengut aufgezwungen. Statt Markt und Wettbewerb treten staatliche Vorschriften und Interventionismus. Unnötige Monopole wie die Post, die Swisscom, die SUVA oder die SRG verteuern die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz. Externe bundesnahe Experten, Berater und Meinungsmacher kassieren jährlich fast eine Milliarde Franken. Die Aufträge werden oft auf Grund von Beziehungen ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Geliefert wird inhaltlich das, was die Verwaltung erwartet, denn entscheidend sind persönliche und politische Kumpanei. Gegen diese „Staatsabzocker“ unternehmen die Linken nichts. Denn sie und ihre Mitprofiteure zweigen Milliarden Steuerfranken für sich und ihre Klientel ab.

Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft

Ein regelrechtes linkes Umerziehungsprogramm hat dazu geführt, dass Freiheit, Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung heutzutage fast als verdächtig erscheinen. Die Pflicht eines Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, wird moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker die wahren „Sozialarbeiter“ in unserem Land. Sozial und moralisch handeln nicht jene, die das Geld anderer verteilen oder ihren Moralismus zum gutbezahlten Beruf machen. Wahrhaft sozial handelt, wer Arbeitsplätze schafft und in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt. Die linke Politik führt zu weniger Wachstum und mehr Arbeitslosigkeit. Sie schwächt das Gewerbe und den Wirtschaftsstandort, vor allem die ganz normalen KMU-Betriebe, die den grossen Teil der Arbeitsplätze und Lehrstellen anbieten. Die vor allem in jüngster Vergangenheit wieder starke Zunahme der Staatsstellen belastet hingegen die Wirtschaft. Mehr Beamte bedeutet auch mehr Bürokratie und Aktionismus, was von der Wirtschaft und den übrigen Steuerzahlern beglichen werden muss.

Finanzplatz – Wirtschaftsmotor für Zürich

Der Kanton Zürich ist das Kraftwerk des schweizerischen Finanzplatzes, dem wir unseren Wohlstand zu einem stattlichen Teil verdanken. Er erwirtschaftet 14 Prozent der Wertschöpfung und 10 Prozent der Steuereinnahmen der Schweiz; 5 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Grossbanken, Privatbanken und Versicherungsgesellschaften. Dazu kommen viele wissensintensive Dienstleister wie Vermögensverwalter, Rechtsanwälte, Treuhänder, Rechnungsprüfer, Personalbeschaffungsfirmen etc. Diese Stärke unserer Volkswirtschaft ist gegen alle Druckversuche von EU, OECD und konkurrierenden

Finanzplätzen zu verteidigen. Der in- und ausländischen Kundschaft unseres Finanzplatzes müssen persönliche Freiheit, Diskretion und Privatsphäre garantiert bleiben. Darum widersetzt sich die SVP allen weiteren Aufweichungstendenzen unseres traditionellen Bankkundengeheimnisses. Die Stempelsteuern, die viele attraktive Geschäfte von der Schweiz fernhalten, sollen abgeschafft werden.

Eigentum:

Schutz vor linkem Raubzug

Eigentum bedeutet, über seine legitim erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen zu können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie, wohlhabende und glückliche Gesellschaft möglich. Die Gewährung des Eigentums ist Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirtschaftsordnung. Dieses Eigentum muss jederzeit frei veräusserlich und ausserdem vererblich sein. Ohne geschütztes Eigentum herrscht Verantwortungslosigkeit, Willkür und Massenarmut. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, ist bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Darum gehört die Gewährleistung des Privateigentums zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates.

Wider den Raubzug der Linken

Wer arbeitet und etwas Geld zur Seite gelegt hat und später etwas von seinem Ersparten haben will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn jeder linke Vorstoss zielt darauf ab, an mehr Geld zu kommen und den staatlichen Einfluss auszuweiten. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die Linken, die jedes Problem mit dem Geld der andern lösen wollen. Egal, ob mangelnde Integration, Sozialwerke, Entwicklungshilfe, Bildung, Betreuungsplätze, Familienzulagen, Kinderkrippen, Tagesschulen oder Elternurlaub: Alles ist für die Linken eine Frage des Geldes. Sie haben sich gemächlich in ihrem Umverteilungsapparat eingerichtet und leben bestens auf Kosten der andern. Ihr Ideenreichtum für immer neue staatliche Einkommensquellen, Steuern, Abgaben, Gebühren und Lohnabzügen ist fast grenzenlos. Praktisch jede linke Aktivität geht zu Lasten des Eigentums unserer Bürgerinnen und Bürger.

Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht

Zu den wichtigsten Eigentumsrechten gehört dasjenige an Grund und Boden. Eine sinnvolle Raumplanung soll die Trennung von Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebieten sicherstellen. Dabei muss der Grundsatz gelten, einerseits Bauland ökonomisch zu nutzen, andererseits Kulturland, Wald und Erholungsgebiete zu schützen. Die SVP setzt sich für ein Raumplanungs- und Bodenrecht ein, das eine langfristig verlässliche Rahmenordnung bildet und das private Eigentum respektiert. Die SVP bekämpft bürokratische Planungen und Eingriffe, die jede Nutzung bis ins Detail vorschreiben und keinen Raum für individuelle Bedürfnisse und Wettbewerbsverhältnisse zulassen. Das vorhandene Baugebiet und die bestehende Bausubstanz muss effizient genutzt werden können. Die SVP verlangt eine Straffung und Vereinfachung von Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren. Nur so können unnötige Kosten vermieden und Standortnachteile abgebaut werden.

Mehr Freiheit für Wohneigentum

Auch der Erwerb von Wohneigentum ist ein bedeutendes Eigentumsrecht. In diesem Bereich drohen durch zunehmende staatliche Auflagen und Einschränkungen ebenfalls grosse Gefahren. Nur wenn es den Vermietern gut geht, kann es auch den Mietern gut gehen. Wenn sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnt, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes ist im heutige Mietrecht durch eine Überreglementierung stark eingeschränkt. Die SVP verlangt deshalb eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass das Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Die heutige Ausgestaltung der Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung. Gegenüber dem staatlichen Wohnungsbau meldet die SVP schwerste Bedenken an: Wo die öffentliche Hand als mächtiger Immobilienbesitzer auftritt, wie beispielsweise in der Stadt Zürich, herrschen planwirtschaftliche Zustände mit Zuteilungsfeudalismus und ungerechten Mietzinsprivilegien.

Enteignung durch Steuerprogression?

Eine proportionale Besteuerung zugunsten der unentbehrlichen Staatsaufgaben ist durchaus angemessen und mit dem Eigentum vereinbar. Problematisch ist aber die auch hierzulande existierende progressive Steuer, die im Grunde die Eigentumsgarantie verletzt. Wenn einmal das Prinzip angenommen ist, dass höhere Einkommen zu einem höheren Satz zu besteuern sind, gibt es keine logische Grenze mehr, bis alle Einkommen über einen bestimmten Betrag weggesteuert werden. Dieses eigentumsfeindliche Steuersystem wird von einer profitierenden Mehrheit festgesetzt, welche die Hauptlast der Steuern nicht selber trägt. Die SVP weiss, dass ein unvernünftiger Raubzug auf die hohen Vermögen und Einkommen das Eigentum schwächt und letztlich gerade den weniger Bemittelten schadet.

Auch geistiges Eigentum schützen

Neben dem materiellen muss der Staat auch das geistige Eigentum schützen. Ein funktionierendes Patentrecht ist Voraussetzung für unseren Wirtschaftsstandort, bei dem Wissen, Forschung sowie die Entwicklung und Produktion hochqualifizierter Güter eine wichtige Rolle spielen. In unserem Land wird wie kaum sonst wo neben den Hochschulen auch privatwirtschaftlich geforscht und entwickelt. Dies geschieht nur, solange die Produzenten durch ihre Anstrengungen ein Produkt gewinnen, das ihnen gehört. Auch hier muss das Prinzip des Privateigentums gelten. Der Sozialismus bekämpft das geistige Eigentum und die entsprechenden Patente; er will lieber alles an alle verteilen. Die Folgen sind Konkurs, Zusammenbruch und Wirtschaftstotenstille.

Öffentliche Finanzen und Steuern:

Stopp dem Aufwandwachstum

Unsere Finanz- und Steuerpolitik bestimmt alle andern staatlichen Aufgaben. Der Staat braucht zur Erfüllung der ihm aufgetragenen Leistungen Geld. Doch haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht, dass ihre Steuern, Abgaben und Gebühren effizient und verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Die finanzpolitische Lage der Schweiz und des Kantons Zürich bleibt besorgniserregend. Trotz aller Spar- und Entlastungsprogramme läuft der Staatsaufwand den

wachsenden Erträgen unentwegt davon. Gesamtschweizerisch verdrängen seit 1990 die Sozialausgaben und Transferzahlungen die übrigen Aufgabengebiete aus dem öffentlichen Haushalt. Es fehlen im Kanton Zürich sowohl eine finanzpolitische Prioritätenliste als auch eine strategische Zielsetzung und erst recht eine Verzichtplanung, die zur Gesundung der Staatsfinanzen beitragen würde.

Von Sparen keine Spur

2001 bis 2009 sind sowohl Ertrag als auch Aufwand des Kantons um rund 30 Prozent angestiegen. Der Kanton Zürich lebt über seine Verhältnisse, das staatliche Wachstum liegt weiterhin weit über Wirtschaftswachstum und Teuerung. Im Wettbewerb mit den Nachbarkantonen fällt Zürich zurück. Das Gleiche gilt in noch verstärkter Masse für die Eidgenossenschaft. Die von den Etatisten und der Linken behauptete „Sparwut“ oder das „Kaputtsparen“ sind reine Phantasiebegriffe.

Alarmierende Verschuldung

Die Schuldenlast des Kantons Zürich betrug 2009 10,2 Milliarden Franken, 7'600 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Der Erlös aus dem Verkauf der „überschüssigen Nationalbank-Goldreserven“ von 1,6 Milliarden Franken ist verpufft, die Schulden sind höher als vor 10 Jahren. Bis 2014 sollen die Schulden um rund ein Viertel auf 12,4 Milliarden Franken ansteigen. Das sind gegen 10'000 Franken pro Kopf. Noch dramatischer zeigen sich die Zustände beim Bund, der es zwischen 1990 und 2009 fertigbrachte, den Schuldenberg von 38,5 Milliarden auf 134 Milliarden Franken zu steigern. Dies geschah trotz einer Schuldenbremse, welche die Stimmbürger 2001 mit der überwältigenden Mehrheit von 84 Prozent der Stimmen beschlossen haben. Wir führen ein Leben auf Pump, denn wir gönnen uns in der Gegenwart auf Kosten der Zukunft mehr als uns zusteht. Und die Linke nennt dieses Einkaufen mit der Kreditkarte unserer Kinder erst noch „sozial“ und solidarisch“.

Staatshaushalt sanieren

Die Zürcher Kantonsverfassung verankert neue finanzielle Begehrlichkeiten. Es bedarf dringend konkreter Massnahmen zur Sanierung des Bundes- und Kantonshaushalt. Diese müssen mit der vollen Transparenz über die Ausgaben beginnen, und diese Ausgaben sind dann ohne Einnahmenerhöhungen zu priorisieren und zu plafonieren. Die SVP fordert die Vorlage einer Aufgabenverzichtplanung mit dem Ziel, die Staatsquote im Kanton auf das Niveau von 1990 zurückzuführen.

Steuersenkungen – dank der SVP

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute arbeiten wir die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren). Nur durch die Senkung von Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit von Kantonen und Gemeinden. Nur in föderalen Systemen kann Wettbewerb stattfinden. Bequem gewordene Regierungen sind gezwungen, ihre Steuerpolitik zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Die umliegenden Kantone haben die Steuern gesenkt, während der Kanton Zürich weitgehend stehen bleibt. Die SVP bekämpft alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert weitere steuerliche Entlastungen. Im Kanton Zürich ist es ihr gelungen, den Steuerfuss seit 1999 von 108 auf 100 Prozent (2010) zu senken. Auslegungsfragen bei Steuern, Abgaben und Gebühren sind zu Gunsten der steuer- und abgabepflichtigen Bevölkerung und Unternehmen auszulegen, und nicht zugunsten des Fiskus.

Neun neue Steuern der Linken

Die Linken, die Etatisten und deren Mitläufer wollen die Bürger und die Betriebe immer hemmungsloser ausnehmen, zumal diese Politiker und deren Klientel sich selber nicht selten im öffentlichen Dienst oder im sog. subventionierten Kulturbereich beschäftigen, also von höheren Steuern in eigener Sache profitieren. Sie reden von „Solidarität“ und „Steuergerechtigkeit“, aber es geht ihnen nur darum, das hart verdiente Geld in die Hand des Staates und der Bürokratie zu bringen. Nach ihrem Willen sollen jene, die arbeiten, noch mehr Steuern bezahlen. Sie wollen jene, die zu sich und ihren Nächsten schauen, mit noch mehr Abgaben bestrafen. Geht es nach den Wünschen der Linken und Etatisten, sind die ehrlichen Arbeiter gegenüber den Sozialprofiteuren die Dummen.

Sicherheit und Justiz:

Endlich konsequent handeln

Gewalttaten, Einbrüche, Diebstähle, Drohungen und eine hohe Ausländerkriminalität gefährden die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem die Schwachen unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber. Viele Frauen und ältere Menschen getrauen sich abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Dazu ist die Quote der Aufklärung von Verbrechen bedauernswert gering – bei Taten gemäss Strafgesetzbuch bei 29 Prozent. Das Risiko, für eine Straftat gemäss Strafgesetzbuch belangt zu werden, nimmt ständig ab. Dafür gibt es immer mehr schwere Delikte: Die Zahl der Körperverletzungen hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Zeitbombe Ausländerkriminalität

Zahlen sind unbestechlich: Laut Bundesamt für Statistik sind die Gefängnisplätze in unserem Land zu über 70 Prozent durch Ausländer belegt – die neu eingebürgerten Schweizer nicht mitgerechnet. Der Ausländeranteil bei den Tötungsdelikten beträgt 59 Prozent, bei schweren Körperverletzungen 54 Prozent, bei Vergewaltigungen 62 Prozent und beim Menschenhandel 91 Prozent. Mit dem Abbau der Grenzkontrollen im Gefolge des Schengen-Vertrags hat sich das Problem der Ausländerkriminalität noch zusätzlich verschärft. Darum verlangt die SVP die Kündigung des Schengen-Vertrags, der weniger statt mehr Sicherheit gebracht hat und – wie im Falle der Geiseln in Libyen gesehen – unsere Unabhängigkeit einschränkt.

Mehr Polizeipräsenz

Die SVP unterstützt die Polizeiorgane in ihrer anspruchsvollen Aufgabe im Dienste der Bürgersicherheit. Es ist untragbar, dass Polizisten immer öfter zusehen müssen, wie die von ihnen unter oft grossen Gefahren gefassten Verbrecher durch Richter gar nicht oder lächerlich gering bestraft werden. Im Kampf gegen die zunehmende Kriminalität fehlt es oft am notwendigen Personal. Zur Gewährleistung der Sicherheit sind personelle Umschichtungen und allenfalls Aufstockungen im Polizeibereich unumgänglich. Dabei ist das Gewicht auf die Präsenz unter der Bevölkerung und nicht auf administrative Büroaufgaben zu legen. Auch hat sich die Polizei vornehmlich den Sicherheitsaufgaben zu widmen statt dem Bussenverteilen im Dienste der Staatsfinanzen.

Straffung der Gerichtsorganisation

Ein wirksames Mittel gegen die Kriminalität ist eine effiziente, rasche und dennoch rechtsstaatlich einwandfreie Gerichtsorganisation. Je kürzer die Zeit zwischen Tat und Verurteilung ist, desto höher ist der Abschreckungseffekt – gerade auch für international tätige kriminelle Banden. Denn dies spricht sich in den einschlägigen Kreisen sofort herum und entfaltet damit eine weiträumige Abschreckungswirkung. Da Jugendliche immer früher straffällig werden, muss das Jugendstrafgesetz entsprechend verschärft werden. Die SVP hat im Kanton Zürich erreicht, dass die zahlreichen Rechtsmittel und Instanzenzüge gestrafft wurden. Um Doppelspurigkeiten und unnötigen Perfektionismus zu vermeiden, sind die polizeilichen und untersuchungsrichterlichen Ermittlungen noch besser zu koordinieren.

Keine Verhätschelung von Straftätern

Die Linken haben im Strafvollzug allzu lange in jedem Täter ein Opfer gesellschaftlicher Umstände gesehen. Dies führt bis heute dazu, dass die Bevölkerung als Risikomasse für untaugliche Resozialisierungsmassnahmen erhalten muss. Hier fordert die SVP ein Umdenken im Sinne von Strafe, Sühne und Schutz der Gesellschaft. Gemeingefährliche Täter – insbesondere Sexual- und Gewaltstraftäter – sind von den Gerichten auf unbestimmte Zeit zu verwahren. Ein Gefängnis ist kein Hotel, in dem man auf die Wünsche jedes Insassen zuvorkommend Rücksicht nimmt, etwa in der Urlaubsregelung, Menüauswahl, sportliche Betätigung oder in der Arbeits- und Freizeitgestaltung. Der heutige Standard von Unterbringung und Lohn wirkt gerade auf ausländische Straftäter viel zu wenig abschreckend. Die SVP befürwortet Bemühungen, ausländische Häftlinge ihre Straftat im Ausland verbüssen zu lassen. Nach Absitzen ihrer Strafe sind ausländische Delinquenten konsequent auszuschaffen.

Absolute Sicherheit gibt es nicht

Eine absolute Sicherheit kann es allerdings in einem freiheitlichen Staat nicht geben. Sicherheit und Freiheit können nicht immer in volle Übereinstimmung gebracht werden. Daher sind bei allen Sicherheitsmassnahmen die Verhältnismässigkeit und der gesunde Menschenverstand zu wahren. Die persönliche Freiheit von unbescholtenen Personen und ihre Privatsphäre ist zu gewährleisten. Auch in der Bekämpfung des internationalen Terrors und der organisierten Kriminalität hat jeder Ansatz eines „Schnüffelstaates“ zu unterbleiben. Darum ist beim Einsatz von verdeckten Ermittlern, Telefonüberwachung, versteckten Kameras, Bankauskünften, Internetüberwachung usw. grosse Zurückhaltung angebracht.

Armee:

Landesverteidigung als Kernauftrag

Der Schutz der eigenen Bevölkerung vor fremder Gewalt gehört zu den wichtigsten Aufgaben unseres Staates. Die SVP bekennt sich zu einer starken, einsatzbereiten Armee als letztes Mittel zur Verteidigung des Landes. Wir stehen heute allerdings nicht mehr konventionellen Kriegen mit regulären Soldaten gegenüber, sondern Terroristen als autonom operierende Kämpfer im Dienste einer Ideologie oder einer Religion. Die früher klaren Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Wehrmann und Zivilist, Freund und Feind sind zunehmend verwischt. Wenn wir bei Terror- und Antiterrororkriegen, bewaffneten Interventionen, „friedens erzwingenden“

Aktionen Partei nehmen, schwächt uns dies in der Terrorbekämpfung und macht unser Land unsicherer.

Was wollen wir verteidigen?

Angesichts der diffusen Bedrohungsbilder und des sicherheitspolitischen Umbruchs glauben manche nicht mehr an einen möglichen Krieg gegen unser Land. Mit mehreren untauglichen Reformen wurde die Armee in den letzten Jahren massiv geschwächt. SVP-Bundesrat Ueli Maurer kämpft für eine realistische, einsatzbereite Armee mit dem Kernauftrag Landesverteidigung. Die Armeeführung rechnet mit mehreren Jahren Vorbereitungszeit auf einen allfälligen Verteidigungsauftrag – eine trügerische Sicherheit, denn die Propheten werden immer wieder durch die Ereignisse der Zukunft widerlegt. Auch künftig wollen wir unsere persönliche Freiheit, staatliche Unabhängigkeit, demokratische Mitbestimmung und Neutralität wenn nötig mit Waffengewalt verteidigen können. Wir wollen unsere Mitbürger an Leib und Leben schützen, das Recht vor dem Unrecht bewahren und den geordneten Gang von Gesellschaft und Wirtschaft gewährleisten.

Verantwortung selber tragen

Weltmächte und internationale Organisationen wie UNO und NATO ringen um eine neue Weltordnung. Es besteht die Tendenz, das militärische Gewaltmonopol der Einzelstaaten durch übernationale Militärbükratien abzulösen. Das hässliche Wort „Kriegführung“ wird durch das schönere Wort „Friedenserhaltung“ ersetzt. Beides bedeutet in der Realität weiterhin dasselbe, nämlich Tod, Leid und Zerstörung. Unsere bewaffnete Neutralität darf nicht ständig noch spitzfindiger interpretiert werden, nur um jede Kooperation mit fremden Mächten zu rechtfertigen. In einer Umfrage wurde unlängst die Neutralität am häufigsten als Stärke der Schweiz genannt. Wenn der Kleinstaat meint, sich unter den Schutz von Grossmächten stellen zu müssen, wird er in deren Abenteuer hineingerissen. Dem diffusen Wunsch nach kollektiver Sicherheit müssen wir wieder die unbedingte Eigenverantwortung entgegensetzen – auch und gerade in der Armeespitze.

Neues Bedrohungsbewusstsein entwickeln

Statt von der souveränen Landesverteidigung abzurücken und Sicherheitskooperationen mit den Mächtigen zu suchen, brauchen wir ein realistisches, kritisches Bewusstsein für die neuen Bedrohungsformen. Die moderne, eng vernetzte Gesellschaft und Wirtschaft ist überaus verwundbar. Notwendig sind deshalb das Bilden von Schwerpunkten, die Dezentralisierung, das Delegieren der Verantwortung nach unten, Flexibilität und Handlungsfähigkeit auch in Krisensituationen. Der bundesrätliche Krisenstab und entsprechende kantonale Gremien sind deshalb geeignete Instrumente, um Katastrophenlagen einzuüben und im Ernstfall auch zu bewältigen. Den Bedrohungen von heute begegnet die Schweiz, indem sie möglichst viele Wehrmänner gut ausbildet und trainiert, sie aber nur im Ernstfall unter die Waffen ruft.

Wehrgerechtigkeit als Fundament der Miliz

Unser Land unterhält kein stehendes, jederzeit einsetzbares Kasernenheer. Vielmehr ist hierzulande das im Bedarfsfall mobilisierte Milizheer tief verwurzelt. Dessen Angehörige sind im zivilen Leben voll in Gesellschaft und Wirtschaft integriert. Die Milizarmee ist am besten geeignet zu Sicherungsaufträgen, wie sie die modernen Bedrohungsformen erfordern. Diese Miliz besteht aus verantwortungsbewussten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Wenn sich jeder drücken kann, der seine Wehrpflicht nicht leisten will, gibt es keine Wehrgerechtigkeit. Diese ist aber Voraussetzung für eine glaubwürdige Miliz. Das Milizsystem bewahrt uns am ehesten vor militärischen Abenteuern und dem Nichternstnehmen von Krieg und Gewalt. Und die Miliz bietet hohe fachliche und menschliche Qualität in verschiedensten Bereichen und auf allen Stufen.

Verteidigungsauftrag im Zentrum

Das Vertrauen und das Interesse der Bevölkerung gegenüber den Armeebelangen sind in den letzten Jahren drastisch gesunken. Die vom Volk akzeptierte Armeereform ist gemäss diesem Volkswillen umzusetzen. Die SVP fordert einen klar definierten Verteidigungsauftrag. Höchste Priorität kommt der Behebung von Mängeln sowie die Sicherstellung und Verbesserung der Funktionalität der Armee zu. Eine einsatzbereite Armee darf nicht unter den Bestand von 120'000 aktiven Soldaten fallen. Bewaffnung, Material, Logistik und Fahrzeuge müssen modernem Standard entsprechen. Der Schutz der Neutralität ist durch einen wirksamen Luftschirm sicherzustellen. Dem Problem der fehlenden Instrukturen ist höchste Beachtung zu schenken. Auf den ständigen Ausbau der internationalen Kooperation mit fremden Armeen, etwa von NATO oder EU, ist ebenso zu verzichten wie auf bewaffnete Auslandseinsätze. Im Zentrum der Armeeaufträge stehen für die SVP nach wie vor die Landesverteidigung und der Schutz der eigenen Bevölkerung vor Katastrophen. An den verfassungsmässigen Prinzipien von Neutralität, Miliz und allgemeiner Wehrpflicht darf nicht gerüttelt werden.

Asylpolitik:

Weniger Missbrauch dank der SVP

Dank dem Einsatz des damaligen Zürcher Bundesrates Christoph Blocher, der SVP und Exponenten anderer bürgerlicher Parteien ist im Jahr 2006 das Asyl- und Ausländergesetz mit fast 70 Prozent Zustimmung vom Volk angenommen worden. Dieses Ereignis markiert einen Wendepunkt in der Schweizer Asylpolitik, hat doch die SVP in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, entsprechende Besserungen durchzusetzen. Die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die in der Schweiz Asyl begehren, sind keine echten Flüchtlinge, sondern suchen hier bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Viele strapazieren die Sozialhilfe, viele sind in kriminelle Umtriebe wie Drogenhandel oder Schleppergeschäfte verwickelt. Die Asylgesuche sind in der Ära von Bundesrat Blocher kontinuierlich zurückgegangen. Dies verdanken wir griffigeren Massnahmen gegen den Asylmissbrauch, verkürzten Verfahren sowie dem Sozialhilfestopp für Personen mit einem Nichteintretensentscheid. Leider sind die Asylzahlen seit Blochers Abwahl wieder dramatisch angestiegen.

Wirksamer Vollzug

Das neue Asylgesetz erlaubt es, den bisher oft beklagten Vollzugsproblemen wirksamer zu begegnen. Denn viele abgewiesene Asylbewerber oder illegal Anwesende verlassen die Schweiz bekanntlich nicht. Die meisten missbrauchen unser Gastrecht schon an den Eingangstoren, indem sie den Behörden weder ihren Namen noch ihre Herkunft noch ihre Reisroute bekannt geben. Künftig wird bei Verweigerung der Identität nicht mehr auf Gesuche eingetreten. Um das Verstecken oder Vernichten von Ausweispapieren zu verhindern, müssen die entsprechenden Identitätsdokumente innert zwei Tagen vorgelegt oder deren Fehlen glaubwürdig begründet werden. Diese Massnahmen sollen mithelfen, die Asylzahlen und die dadurch entstehenden Kosten weiter zu verringern und den Asylmissbrauch möglichst zu unterbinden.

Anerkannte sollen arbeiten

Die Integration der anerkannten Flüchtlinge und der vorläufig Aufgenommenen – die in der Regel nicht in ihre Ursprungsländer zurückkehren – muss massiv verbessert werden. Denn sie sind in ihrer grossen Mehrheit entweder nicht in der Lage oder nicht bereit, selber für sich und ihre Familien zu sorgen. Nur gerade 34 Prozent der Arbeitsfähigen unter den vorläufig Aufgenommenen gehen einer Erwerbstätigkeit nach, bei den Anerkannnten sind es sogar noch weniger, nämlich lediglich 24 Prozent. Trotz hohem Aufwand verfehlen also die bisherigen Integrationsbemühungen ihr Ziel. Die Ursache liegt darin, dass die Anreize falsch gesetzt sind. Die Sozialhilfe ist oft attraktiver als der ausbezahlte Lohn bei einer Arbeit, die dem Ausbildungsstand der anerkannten Flüchtlinge entspricht. Auch darum müssen die staatlichen Zahlungen verringert werden.

Ärgernis Härtefallkommission

Trotz Straffung der Verfahrensdauer sind die Verfahren – speziell bei Beschreiten des Rekurses – noch immer zu lang. Ein zusätzliches Problem bilden die Profiteure wie Sozialarbeiter, Hilfswerker und Asyljuristen. Sie entwickeln kaum Elan, um das Problem effizienter anzupacken, sondern sind vielmehr Teil des Problems. Überdies unterlaufen Gerichtsinstanzen gezielt die gesetzlichen Vorschriften und sogar den Volkswillen. Einerseits verschleppten sie dringende Fälle über Jahre hinweg, andererseits verhinderten sie mit übereilten Asylentscheiden vorsätzlich die Auslieferung mutmasslicher Krimineller. Die SVP verlangt, dass das Bundesamt für Migration die Asylanträge definitiv und ohne Rekursinstanzen behandeln kann. Die so genannte Härtefallkommission im Kanton Zürich stiftet nichts als Verwirrung und ist abzuschaffen.

Ausländerpolitik:

Ruinöse Zuwanderung ins Sozialsystem

Unser Land ist entgegen anderslautender Behauptungen alles andere als eine isolierte Insel. Seit 1990 betrug die Bruttozuwanderung 1,2 Millionen Menschen. Unsere Zuwanderung ist damit im Verhältnis höher als die aller andern Industriestaaten inklusive typische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien. In der Schweiz leben 1'785'800 Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene), was einem Anteil von 22 Prozent entspricht. Die grössten Ausländergruppen stellen die Ex-Jugoslawen (338'000) vor den Italienern (295'500) sowie die Deutschen (225'000) und den Portugiesen (194'000). Die Schweizer lebten bislang recht klaglos mit diesem rekordhohen Ausländeranteil. Es ist aber unverkennbar, dass die massive Zuwanderung zur Zersiedelung unseres Landes beiträgt, die Umwelt belastet und die Verkehrsinfrastruktur, das Bildungswesen und das Sozialsystem überlastet. Durch geeignete Massnahmen ist dafür zu sorgen, dass unsere Integrationsfähigkeit nicht auf der Strecke bleibt.

Personenfreizügigkeit hat Folgen

Die Bilateralen Verträge erlauben den Angehörigen der EU-Staaten, in der Schweiz zu leben und zu arbeiten. Die SVP hat frühzeitig vor den Folgen gewarnt, nämlich drohende Massenzuwanderung, höhere Arbeitslosigkeit, strapazierte Sozialwerke und Übernutzung unseres knappen Wohnraums und der Verkehrswege. Der Zustrom ist denn auch nicht ausgeblieben: Für die Deutschen ist die Schweiz neuerdings das beliebteste

Auswanderungsziel überhaupt. Der Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze der Schweizer Arbeitnehmer nimmt unverkennbar zu. Entgegen den Versprechungen reisen arbeitslos gewordene Ausländer nicht in ihre Heimat zurück, sondern beanspruchen sofort unsere Sozialwerke. Vor allem mit der vollen Freizügigkeit der EU-Ostländer sind neue Einwanderungswellen vorprogrammiert. Die Personenfreizügigkeit mit der EU hat zu einer eigentlichen Masseneinwanderung geführt und muss neu verhandelt werden.

Problem Familiennachzug

Die Schweiz hat wegen der Bindung an internationale Abkommen ihre Handlungsfreiheit in der Ausländerpolitik leider teilweise aus der Hand gegeben. Die Abschaffung des Saisonierstatuts hat dazu geführt, dass mittlerweile fast die Hälfte der Zuwanderung aus Familiennachzug besteht. Dabei handelt es sich vielfach um schlecht integrierbare, wenig ausgebildete und materiell bedürftige Zuzüger aus Kulturkreisen, die dem unsrigen nicht nahe stehen. Das schafft Probleme im Sozial-, Schul- Justiz- und Gesundheitsbereich. Betrug der Anteil der Erwerbstätigen unter den Ausländern 1990 noch 54 Prozent, sind es heute nur noch 30 Prozent. Immerhin hilft das noch unter Bundesrat Christoph Blocher ausgearbeitete neue Ausländergesetz, die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten zu regeln und den illegalen Aufenthalt, das Schlepperunwesen, die Scheinehen sowie die Schwarzarbeit zu bekämpfen.

Ausländerprobleme sind Realität

Die Arbeitslosigkeit der Ausländer ist erheblich höher als jene der Schweizer von 2,1 Prozent: bei den Ex-Jugoslawen beträgt sie 7,5 Prozent, bei Portugiesen 7 Prozent und bei den Deutschen 3 Prozent. Bei den ausländischen Jugendlichen ist sie mit 16,7 Prozent zweieinhalbmal so hoch wie bei den Schweizer Alterskollegen. Über 100'000 Ausländer beziehen eine Invalidenrente, was einem IV-Anteil von 35 Prozent entspricht. Jede zweite neugesprochene IV-Rente geht an einen Ausländer. 5,8 Prozent der Ausländer sind auf Sozialhilfe angewiesen gegenüber 1,9 Prozent Schweizern. Probleme machen uns nicht Zuwanderer aus Westeuropa, den USA oder Fernost, sondern aus Ex-Jugoslawien, der Türkei, Afrika, Südamerika und zunehmend auch aus Osteuropa. Ökonomische Untersuchungen in Deutschland und den Niederlanden – beides Länder mit einer der Schweiz ähnlich largen Zuwanderungspolitik – haben ergeben, dass dort der durchschnittliche Zuwanderer den Staat mehr kostet als er ihm bringt. Der Wohlfahrtsstaat und das über Generationen aufgebaute Volksvermögen lassen sich also nur erhalten, wenn die Zuwanderung oder der sofortige Zugang zu allen Sozialleistungen beschränkt wird.

Masseneinbürgerung zerstört die Rechtsordnung

Betrug die jährliche Zahl der Einbürgerungen im Jahr 1990 noch 6'200, beträgt sie heute 43'400. Auch im Kanton Zürich nahmen die Einbürgerungen seit dieser Zeit ständig zu. 2009 erwarben in unserem Kanton 11'600 Personen das Schweizer Bürgerrecht, fast viermal mehr als noch 1994. Anforderungen und Kosten wurden ständig herabgesetzt, und das Bürgerrecht gilt heute als Beginn statt als Abschluss des Integrationsprozesses. Die Behörden und Gerichte machen das Einbürgerungsverfahren zunehmend zum formalen Verwaltungsakt und wollen es der Mitsprache des Volkes entziehen. Dabei ist es für unsere direkte Demokratie eine Grundvoraussetzung, dass auch die neuen Bürger das Land kennen, sich mit unserem Staatswesen identifizieren und mindestens eine Landessprache problemlos verstehen können. Weil viele der Eingebürgerten eine andere Wert- und Rechtsordnung mitbringen, besteht die Gefahr von Sonderrecht und der Zerstörung unserer Rechtsordnung. Die SVP fordert die Einbürgerung auf Probe und die Prüfung der Möglichkeit des Bürgerrechtsentzugs bei schweren Verbrechen. Bezüger von IV und Fürsorgegeldern sind nur bei begründeten Ausnahmen einzubürgern. Sofern die Einbürgerung zum blossen Verwaltungsakt wird, müssen entsprechende Rekurs- und Einsprachemöglichkeiten geschaffen werden.

Bildung und Forschung:

Bildung statt Reformen

Ein hoch stehendes Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand unseres Kantons. Hohe Leistungs- und Qualitätsanforderungen an die gesamte Gesellschaft sind der Schlüssel des künftigen Erfolgs. Leistungswille und Wille zur Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern.

Linke Kuschelpädagogik gescheitert

Sozialromantik und Gleichmacherei sind keine tauglichen Mittel, um die künftigen Herausforderungen zu meistern. Deshalb ist die linke Kuschelpädagogik gescheitert: In keinem anderen Bereich konnten sich linke Ideologen während den vergangenen Jahrzehnten derart verwirklichen, wie in den Schulen. Kein anderes Land gibt mehr Geld pro Kind aus als die Schweiz, und trotzdem sucht man unser Land vergeblich in den vorderen Rängen internationaler Vergleichsstudien zur Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Die antiautoritäre Pädagogik, die in der Erziehung keine klaren Grenzen setzt, die keine Leistungsbeurteilungen mehr will und die ein Schulsystem fordert, in welchem keine Unterschiede zwischen Leistungsstarken und Schwachen gemacht werden, führt zu Disziplinlosigkeit, Unkonzentriertheit, Unordnung, zu einer Vielzahl an sonderpädagogischen Massnahmen und zu einem massiven Niveauverlust. Zudem wollen die Linken, dass der Einfluss der Eltern immer kleiner und jener des Staates immer grösser wird. Die SVP fordert einen Reformstopp, eine Rückkehr zur Erziehung, zu hohen Leistungen in den wichtigsten Fächern und zur Mitverantwortung der Eltern.

Folgen einer falschen Integrationspolitik

Eine weitere Ursache für den Bildungsverlust ist die linke Zuwanderungspolitik. Sie hat dazu geführt, dass in einigen Schulklassen der Anteil an fremdsprachigen Kindern 50 Prozent übersteigt und dass viele Eltern ihre Verantwortung nicht wahrnehmen können, weil sie weder unsere Sprache noch unsere Kultur verstehen und annehmen wollen. Studien beweisen: Je höher der Anteil an Fremdsprachigen in einer Klasse ist, desto weniger hohe Leistungen erreichen die Kinder. 67 Prozent aller Jugendlichen aus der Türkei und Balkanländern bleiben ohne berufliche Ausbildung: Arbeitslosigkeit, Gewalt und (Jugend-)Kriminalität sind die Folge. Die SVP fordert seit Jahren: Vor dem Eintritt in eine Regelklasse muss ein Kind unsere Umgangssprache lernen.

Volksschule: Kompetenzvermittlung statt Reformitis

Die zürcherische Volksschule ist das Fundament des Bildungswesens. Sie muss die Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihrer Herkunft mit unserer Kultur und unseren Traditionen vertraut machen. In ihr werden gesichertes Grundwissen und Grundfertigkeiten vermittelt. Deshalb sind wieder verbindliche Jahresziele in den Fächern zu setzen, vor allem in Rechtschreibung, Rechnen und Naturkunde. In der Sekundarstufe sollen die kognitiv schwächeren Kinder stärker im Handwerk gefördert werden; so erhalten sie berufliche Perspektiven. Die SVP will unterschiedliche Lektionstafeln für die verschiedenen Anforderungsstufen, so wie dies früher der Fall war. Komplet falsch ist es, die Schülerinnen und Schüler bereits während der Primarschule mit zwei Fremdsprachen zu belasten und im

Kindergarten bereits „zu büffeln“, statt dass die Kinder in Geborgenheit lernen, sich in grössere Gemeinschaften einzugliedern und die Schulreife erreichen (für Fremdsprachige auch in der Umgangssprache). Es ist zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukehren, und Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre Arbeitszeit in den Unterricht investieren, statt sie für „Schulentwicklung“, Sitzungen und Administration zu vergeuden. Entsprechend ist die Lehrerbildung anzupassen: Keine Fachgruppenlehrkräfte, sondern Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer sollen ausgebildet werden. Sie müssen in der Primarstufe und den kognitiv weniger anspruchsvollen Niveaus der Sekundarstufe fast alle Fächer unterrichten können. Heute ist die Mehrheit der Lehrkräfte in Teilzeit angestellt und hat ein jährlich schwankendes Einkommen. Damit der Lehrerberuf für Männer wieder attraktiver wird, muss die Schule so organisiert werden, dass sichere Vollzeitstellen möglich sind. Die Volksschule wird von der Bevölkerung getragen, die ihre Kinder in ihr bilden lässt. Deshalb will die SVP die Autonomie der Schulgemeinden gegenüber dem Kanton stärken. Die „freie Schulwahl“ lehnt die SVP ab. Die kantonale Fachstelle für Schulbeurteilung ist abzuschaffen.

Berufsbildung/Gymnasien: Der Branche verpflichtet und hohe Ansprüche stellen

Das duale System von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen der Berufsbildung vorzuziehen. Die SVP lehnt staatliche Lehrwerkstätten ab. Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, sollen steuerlich entlastet werden. Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen im Dialog mit den Verbänden festgelegt werden und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen anzupassen. Die Berufsbildung ist aufzuwerten, und den Absolventen einer höheren Berufsbildung oder von höheren Fachprüfungen ist der Zugang zu Fachhochschulen und mit bestimmten Voraussetzungen sogar der Übertritt zur Universität zu ermöglichen. Die fachlichen Anforderungen an Schülerinnen und Schülern in Gymnasien sind hoch zu halten; eine gymnasiale Maturität soll der Staat nur kognitiv begabten und leistungswilligen Jugendlichen finanzieren. Den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer sowie den Kenntnissen über wirtschaftliche Zusammenhänge ist in der gymnasialen Ausbildung mehr Platz einzuräumen.

Hochschulen: Spitzenforschung und Wertschöpfung für den Wirtschaftsstandort

Die Universität Zürich und die ETH müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kompetenz, wissenschaftliches Arbeiten und auf die Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen sich vermehrt auf die Anforderungen des Marktes ausrichten, da sonst keine Wertschöpfung erfolgt, sondern nur der Sozialstaat aufgebläht wird. Die SVP will keine Massen-Universität, sondern eine Universität der Spitzenklasse. Die Fachhochschulen sind das Rückgrat der berufs- und praxisbezogenen Aus- und Weiterbildung. Ihre Ausbildungsziele sind in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den für die einzelnen Gebiete wichtigen Marktträgern zu erarbeiten. Aus Fachhochschulen muss der Zugang zu spezifischen Studienrichtungen an der Universität möglich sein. Der Zugang zu Hochschulen soll allen offen stehen, die über eine entsprechende Vorbildung verfügen. Es kann aber nicht sein, dass Zürcher Steuerzahler die Ausbildung tausender ausländischer Studierender finanzieren, die nach dem Studium unser Land wieder verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines fremden Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren festzulegen.

Weiterbildung und Erwachsenenbildung: Keine Staatsaufgabe

Erwachsenenbildung ist grundsätzlich Sache des Einzelnen und nicht des Staates. Die ständige, eigenverantwortliche Weiterbildung zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit sollte im Arbeitsprozess geschehen, nicht erst im Zustand der Arbeitslosigkeit. Anstrengungen und Aufwendungen der Weiterbildung sind steuerlich zu begünstigen.

Umwelt:

Handeln statt lamentieren

Die Erhaltung einer gesunden Umwelt ist für uns Menschen genau wie für die Tier- und Pflanzenwelt überlebenswichtig. Unsere Umwelt ist durch physikalische, chemische und technische Eingriffe einer zunehmenden Belastung ausgesetzt. Verunreinigungen etwa durch Chemikalien, Staub, Strahlen oder Mikroorganismen können zur Umweltverschmutzung führen, wenn sie über die Regenerationskraft der Natur hinausgehen. Betroffen sind Boden, Wasser, Luft und Klima gleichermaßen. Doch wir sind diesen Problemen nicht hilflos ausgesetzt, sondern können wirksam handeln – wenn wir wollen.

Aufgaben eines sinnvollen Umweltschutzes

Der Umweltschutz beinhaltet die Massnahmen zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Gefragt sind menschliche Verhaltensweisen, die der Erhaltung, Verbesserung und allenfalls Wiederherstellung der Qualität unseres Lebensraums dienen. Über den traditionellen Natur-, Denkmal und Landschaftsschutz hinaus befassen sich zahlreiche Gesetze und Auflagen mit unserer Umwelt. Massnahmen und Techniken, die Schäden erst gar nicht aufkommen lassen, sind oft effektiver und billiger als nachträgliches Handeln. „Nachhaltigkeit“ ist für die SVP kein leeres Schlagwort, sondern beinhaltet die Erhaltung der dauernd unverminderten Leistung unserer Umwelt bezüglich Schutz-, Gesundheits- und Nutzfunktion.

Umweltschutz nicht den Linken überlassen

Die SVP vertrat schon grünes Gedankengut, als die Grünen ihr rotes Gedankengut noch nicht versteckten. Der Umweltschutz ist ein zu wichtiges Anliegen, um es den linken Grünen zu überlassen. Denn statt die heissen Eisen anzufassen, wärmen diese sich lieber daran: Sie unterhalten eine ständige Hysterie um Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, sauren Regen, Klimakatastrophe usw., haben aber noch niemals ein einziges Problem gelöst. Umweltgerechte Lösungen kamen vielmehr vom technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und von der Wirtschaft: Kläranlagen, Katalysatoren, schadstoffarme Brenner, Partikelfilter, phosphatfreie Waschmittel, Diesel- und Hybridmotoren, Biomasse usw. Nicht Verteuerung, Verbote oder Geschwindigkeitsreduktionen bringen uns im Umweltschutz voran, sondern Wohlstand, Wachstum, Forschung und Fortschritt.

Grüne leben nicht im Grünen

Die Wähler der SVP sind seit je keine Umweltschwätzer, sondern engagieren sich aktiv für unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Während die Grünen nicht im Grünen wohnen, sondern in den Städten und Agglomerationen, kennt die SVP die Bedeutung der Pflege des ländlichen Raums. Bauernfamilien bewirtschaften seit Generationen den Boden und haben schon darum alles Interesse, mit ihrer Lebensgrundlage sorgsam umzugehen. Sie verhindern mit ihrer Arbeit Vergandung, Versteppung und Verwüstung unserer Natur. Es sind die Anhänger der SVP, die sich gewerblich oder industriell für unsere Umwelt einsetzen: Sei es in der Abwasserreinigung, in der Entsorgung und Deponierung von Abfällen, im umweltgerechten Transportwesen. Dabei setzen sie nicht auf Verbote, Verhinderung und Verteuerung, sondern auf Vernunft, Konsumentenbedürfnisse, Marktwirtschaft und technische Neuerungen.

Land- und Forstwirtschaft:

Für hochwertige, gesunde Produkte

Vor hundert Jahren gab es im Kanton Zürich noch etwa 30'000 Bauernbetriebe, 1990 waren es 6'100, 2010 gerade noch 3'700. Die Bauern nutzen 40 Prozent der Kantonsfläche, und zählt man auch den Wald dazu, sind unsere Bauern für zwei Drittel der Zürcher Landschaft verantwortlich. Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch Bundesverfassung und Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Die Sicherung und Erhaltung der Produktionsgrundlagen soll es unseren Bauern erlauben, den heutigen Selbstversorgungsgrad mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln mindestens aufrecht zu erhalten. Diese hochwertigen Produkte sollen durch Preise, welche die Produktionskosten decken, am Markt abgesetzt werden können.

Land- und Forstwirtschaft als Standortfaktor

Zürich ist noch immer der fünftgrösste Landwirtschaftskanton sowie der zweitgrösste Holzproduzent der Schweiz. Die Bedingungen für eine produzierende Land- und Forstwirtschaft sind hier günstiger als anderswo. Auch wenn die Landwirtschaft Besonderheiten aufweist, ist sie ein wichtiger Teil der Gesamtwirtschaft. In allen Gebieten unseres Kantons kommt ihr eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Denn neben den Bäuerinnen und Bauern arbeiten zahlreiche Beschäftigte in den vor- und nachgelagerten Betrieben sowie im Gross- und Detailhandel. Obwohl die Nahrungsmittel für die Konsumenten teurer wurden, haben die Bauern und ihre Familien in den letzten Jahren markant an Einkommen verloren und sehen sich einem viel zu engen und obendrein teuren Verwaltungskorsett ausgeliefert. Wenn die Bauern neben dem Einkommen zunehmend auch noch die unternehmerische Freiheit verlieren, wird ihre Existenz in Frage gestellt.

Wider die Vorschriftenflut

Die zahlreichen Vorschriften, Formulare und Kontrollen erschweren den Bauern den Beruf und untergraben die Eigenverantwortung. Zu viel Staatsgeld versickert in der Agrarbürokratie, statt dass es den Bauern zu Gute käme. Der Landwirt ist ein hochqualifizierter Spezialist der Nahrungsmittelproduktion, der selber entscheiden soll, was, wie und wie viel er produzieren will und verkaufen kann. Der produzierende Bauer ist Unternehmer und soll die entsprechenden Freiheiten ebenso wie das Risiko tragen. Der Markt mit seinen mündigen Konsumentinnen und Konsumenten soll die erbrachten Leistungen bezahlen. Voraussetzung sind allerdings vernünftige Gesetze und Auflagen im Bau-, Raumplanungs- und Umweltrecht, die den unternehmerischen Spielraum nicht unnötig einschränken.

Abgeltungen für erbrachte Leistungen

Neben der Nahrungsmittelversorgung verlangt der Verfassungsauftrag von den Bauern den Schutz des Lebensraums, der dezentralen Besiedelung und der Landschaftspflege. Dies lässt sich nicht mit marktwirtschaftlichen Prinzipien gewährleisten. Darum erhalten die Bauern staatliche Direktzahlungen. Wenn unsere Landwirte diese Arbeit verrichten, kommt dies wesentlich günstiger, als wenn Staatsangestellte dazu verpflichtet werden müssten. Es handelt sich hierbei um Abgeltungen für erbrachte Leistungen. Ihre Auszahlung erfolgt ungeachtet davon, ob eine voll- oder nebenberufliche landwirtschaftlichen Tätigkeit vorliegt.

Problematische Zukunft

Im internationalen Vergleich nutzen unsere Bauern ihren Boden ökologisch und nachhaltig. Doch durch den Druck der Globalisierung und Marktöffnung spitzt sich die Situation weiter zu. Schlimmstenfalls ist die Schweiz durch die WTO-Verhandlungen von einem Ertragsverlust von drei Milliarden Franken betroffen. Mit Umsetzung der Agrarpolitik 2011 wird der Bruttoertrag – die Summe aller Einkünfte im landwirtschaftlichen Erwerb – für die Zürcher Bauern um 25 Prozent geringer. So ist der Bauernstand als Ganzes gefährdet. Es bleiben nur folgende vier Möglichkeiten: Vergrössern, Spezialisieren, Nebenerwerb oder Ausstieg. Die SVP verlangt eine neue Landwirtschaftspolitik, die den Bauern das Überleben, den Konsumenten die einheimische, gesunde Nahrung und der Landschaft die Pflege sichert. Die SVP wehrt sich entschieden gegen ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU.

Bekennnis zur produzierenden Landwirtschaft

Die multifunktionale Landwirtschaft erbringt über die Nahrungsmittelproduktion und die dezentrale Besiedelung hinaus zahlreiche Leistungen, die nicht in Franken und Rappen zu messen sind. Die produzierende Landwirtschaft bietet die effizienteste und günstigste Möglichkeit für die Erhaltung einer vielfältigen und gut strukturierten Kulturlandschaft. Niemand kann fachgerecht und günstiger für einen vernünftigen Naturschutz sorgen als ein gesunder Bauernstand. Zudem bilden die Bauern eine wichtige Basis für freiheitliches Denken, unternehmerisches Handeln, familiäres Zusammenarbeiten sowie für die Pflege unseres ländlichen Kulturgutes. Die SVP engagiert sich für eine eigenständige Landwirtschaftspolitik und einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad. Sie setzt sich dafür ein, dass Leistungen, welche die Landwirtschaft für die Allgemeinheit erbringt, abgegolten werden. Sie fordert den häuslichen Umgang mit dem landwirtschaftlichen Kulturland, im Speziellen den Erhalt von ausreichenden Fruchtfolgeflächen. Ersatzvornahmen von Wald- und Ökoflächen auf landwirtschaftlichem Kulturland werden nicht mehr akzeptiert.

Sozialwerke:

Soziale Sicherheit dank Masshalten

Wer aus geistigen oder körperlichen Gründen nicht für sich selber sorgen kann, hat Anrecht auf staatliche Hilfe. Wer lebenslang gearbeitet und bezahlt hat, soll im Krankheitsfall betreut und im Alter versorgt werden. Der rasant zunehmende Sozialmissbrauch gefährdet aber zunehmend unsere soziale Sicherheit. Noch nie wurde so viel Geld für den Bereich „Soziales“ aufgewendet, noch nie waren gleichzeitig so viele Leute von der Sozialhilfe abhängig. Statt die Probleme zu lösen, schafft man ständig neue Angebote und damit auch neue Bedürfnisse. Wer noch ehrlich arbeitet und seine Lohnabzüge brav bezahlt, bekommt langsam das Gefühl, er sei in unserer Gesellschaft der Ausgenutzte und Dumme. Wenn dies nicht ändert, ist der Sozialstaat als Gesamtes in Frage gestellt.

Erschreckende Kostenexplosion

Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sind in den vergangenen Jahren in erschreckendem Mass explodiert. Betrugen sie 1990 noch 63,2 Milliarden Franken, sind es 2010 135 Milliarden. Am Bruttoinlandprodukt BIP gemessen, hat sich die Quote im gleichen Zeitraum von 21 auf gegen 30 Prozent erhöht. In keinem anderen Land Europas wuchsen die Sozialausgaben in den 1990er Jahren so stark wie in der Schweiz. Wenn die Linke angesichts dieser Zahlen von

Sozialabbau spricht, ist dies absurd. Die steigende soziale Abgabenlast und der gleichzeitig nicht finanzierte Ausbau unserer Sozialwerke führen im Gegenteil zur vermehrten Verarmung mittelständischer Familien.

Sozialhilfe auf Abwegen

Gab es im Kanton Zürich 1990 noch 14'888 Sozialhilfe-Empfänger, waren es 2008 bereits 43'557 – davon fast die Hälfte Ausländer. Im gleichen Zeitraum stiegen die Ausgaben pro Fall von 2'500 auf über 11'000 Franken und der Nettoaufwand von 37,9 Millionen auf 350 Millionen Franken. Die Sozialhilfe bedarf angesichts dieser Entwicklung eine neue Ausrichtung: Die Bemühung um Eingliederung muss im Zentrum stehen. Alle Automatismen, die ohne Gegenleistung der Betroffenen zu ungerechtfertigten staatlichen Leistungen führen, sind abzuschaffen. Sozialhilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Sozialhilfegesetzgebung ist entsprechend anzupassen.

AHV auf lange Frist sichern

Es ist erfreulich, dass immer mehr Menschen bei guter Gesundheit einen längeren Lebensabend geniessen können. Die demographische Entwicklung stellt allerdings unser Sozialwerk der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung (AHV) vor Probleme. Entgegen der Behauptung der Linken wird dem AHV-Fonds ohne Gegenmassnahmen in einigen Jahren das Geld ausgehen. Darum verlangt die SVP gleiches Rentenalter von 65 Jahren für Männer und Frauen sowie den Verzicht auf teure Überbrückungsrenten. Eine umfassende AHV-Revision ist an die Hand zu nehmen, welche flexible Lösungen nach dem Versicherungsprinzip ermöglicht.

Scheininvalide thematisieren

Die Invalidenversicherung wurde seinerzeit eingeführt, um den Opfern von Geburtsgebrechen, Krankheiten oder Unfällen wirkungsvoll zu helfen. Heute müssen leider gerade diese echten Invaliden oft hart um ihre Renten kämpfen. Der Grund besteht darin, dass immer mehr Scheininvalide dieses sinnvolle Sozialwerk missbrauchen. 1990 gab es noch 164'329 IV-Bezüger, 2010 sind es beinahe 300'000. Betrugten die jährlichen IV-Kosten 1990 noch 4 Milliarden, sind es 2010 12 Milliarden Franken. Es ist eine Tatsache, dass zunehmend junge Menschen und Ausländer mit diffusen medizinischen Befunden eine IV erschleichen oder gar mit Drohungen erzwingen, um sich ein bequemes Leben zu machen. Die SVP verlangt statt ständig neue Lohnabgaben und Steuerprozente eine striktere Definition von Invalidität und ein hartes Vorgehen gegen den Missbrauch.

Problem Arbeitslosenversicherung

In den letzten Jahren geriet die stark konjunkturabhängige Arbeitslosenversicherung (ALV) in eine Schieflage von mehreren Milliarden Defizit. Mit Einführung der Personenfreizügigkeit auf die EU-Oststaaten wird diese Versicherung zusätzlich belastet. Die Anreize zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sind zu gering. Anlass zu grosser Besorgnis gibt die Jugendarbeitslosigkeit, indem viele Schulabgänger direkt bei der Sozialhilfe landen. Wer dermassen früh dem Versorgungsstaat zur Last fällt, kehrt oft überhaupt nie mehr in den Arbeitsprozess zurück. Es ist zu verhindern, dass die Kantone die Bezugsdauer verlängern.

Arbeiten muss sich wieder lohnen

Alle staatlichen Massnahmen sind darauf auszurichten, dass sich Selbstverantwortung und Arbeit wieder lohnen. Die Auszahlung von Sozialleistungen ist an klare Bedingungen zu knüpfen und bei deren Nichtbefolgung zu kürzen. Die SKOS-Richtlinien dürfen nur empfehlenden Charakter haben. Gegen den Sozialmissbrauch sind externe Sozialinspektoren einzusetzen. IV-Ergänzungsleistungen und Kinderzulagen, die ins Ausland fliessen, sind nach

der dortigen Kaufkraft anzusetzen. Es ist darauf hinzuwirken, dass unabhängig von Ausbildung und bisherigem „Besitzstand“ jede zumutbare Arbeit akzeptiert werden muss.

Gesundheit:

Die Prämien müssen sinken

Seit das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) gegen den Willen der SVP eingeführt worden ist, sind die Prämien um fast 70 Prozent angestiegen. Allein zwischen 2010 und 2011 erhöhten sich die Prämien im Kanton Zürich um 6.8 Prozent. Durch die Prämienentscheide des Bundesamtes für Gesundheit wurden über 400 Mio. Franken Prämienreserven gebildet. Die SVP verlangt, dass dieser Betrag wieder an die Prämienzahler zurückfliesst. Die Gesundheitskosten betragen heute 50 Milliarden Franken pro Jahr. Das jährliche Defizit der öffentlichen Spitäler überschreitet demnächst die Milliardengrenze. Der Anteil des Einkommens, den die Bevölkerung für das Gesundheitswesen tragen muss, ist für viele unbezahlbar geworden. Über ein Drittel der Menschen bedürfen staatlicher Prämienverbilligung, was die wahre Situation verschleiert und den Druck zu echten Reformen nimmt. Das Problem ist, dass kaum einer der Beteiligten am „Gesundheitsmarkt“ wirklich sparen will: weder die Patienten noch die Ärzte, weder die Spitäler noch die Medizinalfirmen, weder die Krankenkassen noch die Pharmaindustrie.

Rezept zur Gesundung

Die Linke will den Systemfehler der Überregulierung zum System erheben und das Gesundheitssystem total verstaatlichen. Die Mängel des Krankenversicherungsgesetzes und die damit verbundene Prämienexplosion sind jedoch durch weniger Regulierungen und mehr Wettbewerb zu korrigieren. Die Leistungen sind mit einer Vollkostenrechnung transparent zu machen, und es sind Anreize zu besserem Kostenbewusstsein zu schaffen. Das Angebot der Grundversicherung ist zu entschlacken, ohne dass die Versicherten auf ein wählbares und vorbehaltlos zugängliches Grundleistungsangebot verzichten müssen.

Grundversorgung oder Wellness-Angebote?

Es ist möglich, eine solide, leistungsfähige Grundversicherung und gleichzeitig bezahlbare Prämien zu erreichen. Voraussetzung dazu ist, konsequenter zwischen dem medizinisch Notwendigen und den angenehmen Wellness-Angeboten oder zweifelhaften Alternativmethoden zu unterscheiden. Solange wir Gesundheit (wie die Weltgesundheitsorganisation WHO) als absolutes körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden definieren, fühlen wir uns alle ständig ein bisschen krank und treiben so die Kosten in schwindelnde Höhen. Diese dürfen nicht der Allgemeinheit überwältigt, sondern sollen von den Leistungsbezüglern bezahlt werden.

Zürcher Spitzenmedizin erhalten

Die SVP hat sich massgebend für die Verselbständigung der kantonalen Spitäler eingesetzt, um mehr Kostenbewusstsein, Freiheit und Wettbewerb zu ermöglichen. Unsere grösseren öffentlichen und privaten Krankenhäuser sind nicht nur Orte der Pflege, sondern auch der Ausbildung und der Forschung. Die SVP will, dass in unserem Kanton weiterhin international

führende Spitzenmedizin möglich ist. Sie bekämpft Bestrebungen linker Kreise, das Universitätsspital zum dienstleistenden „Regionalspital Fluntern“ abzuqualifizieren.

Drogen zerstören Körper und Geist

Die SVP lehnt die Legalisierung von „weichen“ wie von „harten“ Rauschgiften konsequent ab. Auch Drogen wie Haschisch und Marihuana sind keineswegs harmlos, sondern enthalten heute Giftstoffe in gefährlich hoher Konzentration. Die SVP bekämpft den Drogenhandel, der hauptsächlich von bestimmten Ausländergruppen beherrscht wird. Nur so kann der Einstieg von Jugendlichen in den Konsum möglichst verhindert werden. Süchtige sind nicht mit staatlicher Heroinabgabe in Abhängigkeit zu halten, sondern mit wirksamen Therapien in die Suchtfreiheit zu führen. Auch der Verkauf und Konsum von Kokain und „Partydrogen“ ist strikt zu ahnden, denn es handelt sich dabei keineswegs um Genussmittel, sondern um zerstörerische Stoffe für Körper und Geist.

Verkehr:

Der Verkehr muss fliessen

Gut ausgebaute und unterhaltene Verkehrswege, die das steigende Verkehrsaufkommen in unserem Kanton jederzeit bewältigen, sind eine Grundlage für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Um dies zu erreichen, muss der Ausbau des Individual- und des Öffentlichen Verkehrs koordiniert geplant und voran getrieben werden. Die vorhandenen limitierten Finanzen sollen prioritär zur Engpassbeseitigung, für den Ausbau der Hauptverkehrsachsen sowie für den Unterhalt der Verkehrswege eingesetzt werden. Das Nebeneinander der Verkehrsträger und die freie Wahl der Verkehrsmittel soll gefördert und kein Verkehrsträger gegen einen anderen ausgespielt werden.

Finanzen: optimaler Einsatz der Ressourcen

Mit dem Strassenfonds wird die Finanzierung und der Unterhalt des kantonalen Strassennetzes sichergestellt. Der Fonds dient dem Ausbau und Unterhalt der Staatsstrassen, der Förderung des motorisierten Individualverkehrs sowie des dem strassengebundenen öffentlichen Verkehr. Eine Zweckentfremdung der knappen vorhandenen Mittel lehnt die SVP ab. Die SVP bekämpft Rabattsysteme sowie neue Abgaben und Gebühren zulasten der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Bund, Kanton und Gemeinden sind für Unterhalt und Ausbau ihrer Verkehrsträger verantwortlich, willkürliche Umverteilungen der entsprechenden Lasten und Vorfinanzierungen lehnt die SVP ab. Die zunehmende Kriminalisierung der Autofahrer nützt – ausser dem Steuersäckel – niemandem. Die offensichtliche Abzockerei durch Herabsetzung der Geschwindigkeitstoleranz und durch Aufstellen von Radarfallen an möglichst ergiebigen, nicht sicherheitsrelevanten Stellen dient nicht der Verkehrssicherheit. Exzessive Überschreitungen der gesetzlich vorgegebenen Tempolimiten durch Raser sind konsequent und mit aller Härte zu bestrafen.

Mobilität: freie Wahl sicherstellen

Die Mobilität der modernen Gesellschaft wird durch die freie Wahl der unterschiedlichen Verkehrsträger (Strasse wie Schiene, Wasser wie Luft) und Verkehrsmittel sichergestellt. Nur so kann der Wohlstand einer funktionierenden Gesellschaft erhalten werden. Einschränkungen

der Mobilität (Roadpricing, Fahrtenmodelle, Umweltzonen und Parkplatzabbau) oder ideologisch motivierte Bevorzugung beziehungsweise Benachteiligung bestimmter Verkehrsteilnehmer sind Gift für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Zürich. Der Steuerzahler fordert vom Kanton Zürich eine auf hohem Niveau gewährleistete Mobilität.

Strasse: Verkehrsfluss gewährleisten

Der Gewährleistung des Verkehrsflusses auf dem gesamten kantonalen Strassennetz kommt aufgrund der Bevölkerungszunahme entscheidende Bedeutung zu. Unternehmer, Handwerker, Angestellte, Pendler, Einwohner und Touristen sind auf ein zuverlässiges und störungsfreies Strassensystem angewiesen. Der Rückbau von Strassenraum und damit gekoppelte, flankierende bauliche und betriebliche Massnahmen (Signalisationsänderungen, Verkehrsregelsysteme, Bushaltestellen, Mischverkehrszonen und Trottoirverengungen) beeinträchtigen den Verkehrsfluss entscheidend. Nur genügend und gut erreichbare Parkplätze sowie eine Mindestzahl von Parkplätzen pro Liegenschaft gewährleisten eine nachhaltige Wertschöpfung von Industrie und Gewerbe und verhindern unerwünschten Suchverkehr. Der Bau von Parkplätzen soll nachfrageorientiert erfolgen und die Obergrenze von Parkplatzbewilligungen aufgehoben werden. Engpässe und Flaschenhälse sind durch Kapazitätsausbau zu beheben. Nur so lassen sich Stauschwerpunkte effektiv bekämpfen. Die Sicherstellung einer staufreien Nordumfahrung von Zürich (Limmattaler Kreuz, Gubrist, Glattalautobahn, Brütiseller Kreuz) und von Winterthur (A1) sowie eine reibungslose Tangentialverbindung der Stadt Zürich (Waidhaldentunnel, Stadt- oder Seetunnel) und die Schliessung der Lücke Uster-Betzholz der Zürcher Oberlandautobahn sind prioritär in Angriff zu nehmen. Ballungszentren sind vom Durchgangsverkehr durch ein ausreichend dimensioniertes Umfahrungsnetz zu entlasten. In Anbetracht der immensen Kosten sind Massnahmen für den Langsamverkehr (Trottoirverbreiterungen, Mischzonen, Begegnungszonen, Velowege und behindertengerechte Ausbauten) auf ihre Verhältnismässigkeit zu prüfen. Eine strikte Trennung von Veloverkehr und Fussgängerkehr ist aus Gründen der Sicherheit anzustreben. Velowege sind nur zu bauen, falls dies keine Reduktion des bestehenden Strassen- oder Parkraums nach sich zieht. Andernfalls ist die Veloführung mittels Signalisation und Fahrbahnmarkierung (Velostreifen) zu realisieren.

Schiene: Konsolidierung von Kapazitäten und Kosten

Der Öffentliche Verkehr allein ist nicht annähernd in der Lage, den Transport von Personen und Gütern im Kanton Zürich zu gewährleisten. Der weitere Ausbau der Schienen-Infrastruktur kommt mit der Durchmesserlinie und der 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich an seine Grenzen. Eine Konsolidierung der Finanzierung der Kosten für den Unterhalt des Schienennetzes hat vor weiteren Ausbausritten zu erfolgen. Der Subventionierungsgrad des Öffentlichen Verkehrs darf nicht zu Lasten des Strassenfonds noch weiter gesteigert werden. Der sich aufdrängende Ausbau der Ost-West-Achse ist dem weiteren Ausbau der Nord-Süd-Achse gleichzustellen. Die Behebung des Flaschenhalses Zürich-Winterthur muss vorrangig gemäss Richtplanvorgaben eingeleitet werden. Die Optimierung der Schienentrassees für den Personen- und Güterverkehr muss mit den regionalen Interessen abgestimmt werden. Beim Ausbau der Schienenkapazität zwischen Zürich und Winterthur ist der Bau des Brüttener Tunnels dem offenen Ausbau der Strecke zwischen Effretikon und Winterthur mit 3. und 4. Gleis vorzuziehen. Ein leistungsfähiger Güterterminal im Grossraum Zürich ist zur Versorgung des Wirtschaftsstandortes unabdingbar. Tramerweiterungen der Stadt Zürich und Stadtbahnprojekte im ganzen Kanton dürfen Strassenraum nur beanspruchen, wenn dies keinen Kapazitätsabbau zur Folge hat. Verkehrsangebote im ganzen Kanton sind dahingehend abzustimmen, dass sie bestehende Verkehrsträger nicht konkurrieren. Ihre Wirtschaftlichkeit ist in jedem Fall vor Einleitung umfassender Planungsschritte zu begründen.

Luftverkehr: Rechtssicherheit herstellen – Lärmbelastung minimieren

Der Flughafen Zürich ist für den Wirtschaftsstandort von grösster Bedeutung und benötigt die entsprechenden Rahmenbedingungen. Das SIL-Projektblatt (Sachplan Infrastruktur Luftverkehr) und der entsprechende Richtplaneintrag zum Flughafen Zürich müssen zur Herstellung der Rechtssicherheit baldmöglichst festgelegt werden. Der Bundesrat wird aufgefordert, mit Deutschland ein neues Flugverkehrsabkommen auszuhandeln, das dem An- und Abflugregime vor dem Mai 2001 entspricht und damit auch dem Resultat der von beiden Staaten gemeinsam durchgeführten Lärmbelastungsanalyse Rechnung trägt. Die heutige Verteilung des Flugverkehrs widerspricht siedlungsplanerischen, betriebswirtschaftlichen, sicherheitstechnischen und umweltpolitischen Grundsätzen und obendrein dem Prinzip der Rechtssicherheit. Der Flugplatz Dübendorf muss für eine militär- und/oder zivilaviatische Mischnutzung sowie als Standort für aviatiknahe- und weitere Innovations- und Forschungsbetriebe erhalten bleiben.

Energie:

Sichere, günstige Versorgung – auch für morgen

Unsere Haushalte und Betriebe brauchen immer mehr Energie. Eine sichere, günstige Energieversorgung ist für unseren Wohlstand entscheidend. Wenn die Stilllegung der Kernkraftwerke Beznau I und II und des KKW Mühleberg erfolgen sollte, werden wir ohne Nachfolgeplanung ab dem Jahr 2020 ein ernsthaftes Energieproblem bekommen. Dannzumal dürften uns jährlich rund 8,5 Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie fehlen. Insgesamt ist bis 2030 sogar von fehlenden 25 Milliarden Kilowattstunden auszugehen, wenn die Verträge mit Frankreich auslaufen und der Stromkonsum – wie zu erwarten ist – weiter zunimmt.

Fossile Energieträger sind begrenzt

Die berechnete Energielücke ist unbestritten, doch werden daraus unterschiedliche Konsequenzen gezogen. SP und Grüne wollen diese Lücke mit Sparmassnahmen, Effizienzsteigerungen und erneuerbaren Energien schliessen. Sie meinen, die Schweiz könne auf Strom aus Kernkraftwerken gänzlich verzichten. Das wäre vielleicht möglich, aber nur, indem Strom importiert und auf viel teurere Alternativen gesetzt wird oder noch mehr fossile Energieträger wie Öl oder Gas verbrannt werden. Dabei müssen wir vermehrt von den fossilen Brennstoffen wegkommen. Sie verursachen die grössten Umweltschäden, werden immer teurer und in wenigen Jahrzehnten verbraucht sein. Zudem liegen die grössten Ölvorkommen in politisch instabilen Ländern liegen, was unsere Versorgung zusätzlich in Frage stellt. Eine unabhängige Energieversorgung unter Einbezug neuer Energiequellen ist darum auch eine Frage der nationalen Sicherheit.

Sinnvolle Sparmassnahmen

Es braucht eine Kombination verschiedener Massnahmen, um den Energiebedarf in Zukunft abzudecken. Dazu gehören auch Sparanstrengungen im Stromsektor. Der private Energiekonsument denkt wirtschaftlich. Wenn sich sparen lohnt, dann tun dies die Bürgerinnen und Bürger. Wobei es auch hier sinnvolle Massnahmen gibt und solche, die bloss der persönlichen Beruhigung dienen. Lichter löschen ist zwar gut gemeint, aber wenig ergiebig. Zwar sind die elektrischen Apparaturen effizienter geworden, aber die Nutzung elektrischer Geräte nimmt kontinuierlich zu, nicht zuletzt in den Haushalten. Kommt hinzu, dass auch die

spürbare Erhöhung des Ölpreises zu einem erhöhten Strombedarf führt. In letzter Zeit wird als Alternative zu Ölheizungen auf Lösungen mit Wärmepumpen übergegangen – mit entsprechender Zunahme des Elektrizitätskonsums.

Wasserkraft hat ihre Grenzen

Wasserkraft ist für die Schweiz zweifellos die ideale Form der erneuerbaren Energiegewinnung. Aber auch sie stösst an natürliche und politische Grenzen. Die Kapazität von Wasserkraftwerken ist durch Topografie, Niederschläge und Vorschriften über Restwassermengen begrenzt. Dazu kommt der politische Widerstand. Sollte (wie etwa in Graubünden oder im Berner Oberland) eine Staumauer erhöht werden, um mehr Kapazität zu gewinnen, regt sich sofort Opposition. Blockiert werden die Projekte ausgerechnet von grünen Organisationen.

Es geht nicht ohne Kernkraftwerke

Zur Deckung des Strombedarfs werden auch erneuerbare Energien zugezogen. Der Nationalrat hat beschlossen, die Stromlücke mit ca. 5,5 Milliarden Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien zu füllen, allerdings mit massiven Subventionen. Die Lücke würde sich damit auf ca. 20 Milliarden Kilowattstunden verkleinern. Diese verbleibende Energielücke gilt es nun zu decken. Es bleiben faktisch nur zwei Möglichkeiten: Die eine besteht im Bau von Gaskombikraftwerken, doch ihr CO₂-Ausstoss verunmöglicht die Klimapolitik, auf die sich die Schweiz verpflichtet hat. Die SVP lehnt die CO₂-Abgabe und jede „ökologische Steuerreform“ ab, da sie der Umwelt nicht nützen, doch der Wirtschaft und unserer Mobilität schaden. Sinnvoll und nötig ist hingegen der Bau von Kernkraftwerken. Die rechtzeitige Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes um 2020 und eines weiteren um 2030 könnte die Stromlücke gut abdecken. Die Tieflagerung der atomaren Abfälle hat sich nach den Grundsätzen der geologischen Sicherheit zu richten und darf nicht einfach dort vorgenommen werden, wo die Bevölkerung vermeintlich am wenigsten Widerstand leistet.

Zukunftsenergie Biomasse

Neben der Wasserkraft hat auch Energie aus Biomasse dank ihrer CO₂-Neutralität Zukunftspotential. Sie ist eine der wenigen nachwachsenden einheimischen Ressourcen der Energieproduktion. Mit Abstand am meisten Bedeutung hat hierbei das Holz. Dieses stellt eine der wenigen nachwachsenden einheimischen Ressourcen der Energieproduktion dar. Holz ist geeignet, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern. Die Erzeugung von Biomasse erlaubt unserer Land- und Forstwirtschaft zudem neue Betätigungsfelder. Sofern wir dazu günstige Rahmenbedingungen schaffen, können diese Wirtschaftszweige einen wichtigen Beitrag zur einheimischen Strom- und Treibstoffproduktion leisten.

Medien:

Private Vielfalt, nicht staatliche Einfalt

Die freie Vermittlung von Informationen aller Art ist in einer Gesellschaft mündiger Bürger von entscheidender Bedeutung. Um die Meinungsvielfalt ist es leider hierzulande nicht besonders gut bestellt, denn in ihrem Marsch durch die Institutionen haben sich die Linken und Etatisten der Redaktionen der verschiedenen Medien weitgehend bemächtigt. Statt die Wirklichkeit

darzustellen, werden allzu oft vorgefasste, enge Weltbilder vermittelt. Statt realistisch abzubilden, was ist, werden Ereignisse, Ansichten und Personen je nach Ideologie entweder bengalisch beleuchtet oder aber verteufelt.

Wider die Regierungspropaganda

Unsere direkte Demokratie lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger durch Abwägen der verschiedenen Argumente ihr eigenes Urteil bilden können. Die Demokratie ist die Staatsform der Alternativen. Es muss an der Urne möglich sein, Ja oder Nein zu stimmen, ohne obrigkeitlich als dumm-uneinsichtig oder staatsbürgerlich-reif qualifiziert zu werden. Regierung und Verwaltung auf Bundes- wie auf Kantonsebene greifen immer mehr zur Staatspropaganda, um durch Kommunikationsprofis und Imageberater ihre Vorstellungen durchzusetzen. Die SVP wendet sich entschieden gegen diese Art von „Information“, die einer Indoktrination gleichkommt.

Staatsmonopole aufbrechen

Fernsehen und Radio dürfen als öffentlich-rechtliche Sender höchstens die Grundversorgung der verschiedenen Bevölkerungsteile abdecken. Die SVP setzt sich für eine Gebührenreduktion, für die Übertragung der Gebührenkompetenz ans Parlament sowie für die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes ein. Sie wendet sich gegen die Haushaltsabgabe von Gebühren, genau so wie gegen das „Splitting“-Modell, mit dem die Privatsender durch Zwangsgebühren ruhig gestellt werden. Auch die privaten Anstalten erfüllen den gleichen Service public wie die öffentlich-rechtlichen. Sie stehen zudem untereinander im Wettbewerb und sollen zumindest in den Werbemöglichkeiten gegenüber den Staatssendern begünstigt werden. Die Dienstleistungen der Telekommunikation sind weiter zu öffnen und die Staatsmonopole im Fernseh- und Radiobereich aufzubrechen.

Für eine vielfältige Medienlandschaft

Die zunehmende Konzentration in der Medienlandschaft zeigt sich im Verschwinden zahlreicher früher eigenständiger Titel mit unterschiedlicher Berichterstattung und Kommentierung. Dies bedroht die Meinungsvielfalt; speziell die marktbeherrschende Stellung des Tamedia-Konzerns im Kanton Zürich ist gefährlich und ruft nach dem Eingreifen der Wettbewerbskommission. Nur ein Zeitungsmarkt im gegenseitigen Wettbewerb kann dazu führen, dass die Konsumenten vermehrt wieder eigenständiges, unvoreingenommenes Denken schätzen und sich jenen Medien zuwenden, die den Mainstream kritisch hinterfragen. Gerade im Interesse an einer vielfältigen Zeitungslandschaft müssten die Regierenden und ihre Verwaltungen konsequent auf eigene Meinungskampagnen und Hochglanzbroschüren verzichten.

Medienlandschaft in rasantem Wandel

Das Verhalten der Medienkonsumenten ist gegenwärtig in einem rasanten Wandel begriffen. Das jederzeit und überall verfügbare Internet ist inzwischen weit mehr als eine Dienstleistung der Telekommunikation; das Internet ist zum eigenständigen, kostengünstigen Medium geworden. Der marktbeherrschenden SRG mit ihren Zwangsgebühren ist die Werbung im Online-Bereich zu untersagen. Speziell die jüngeren Menschen sind nicht mehr bereit, für gedruckte Presserzeugnisse Geld auszugeben. Die zunehmend erfolgreichen Gratiszeitungen dürften die bezahlten Titel allmählich zurückdrängen. Sachliche, kurze und professionelle Informationen über interessante Themen scheinen heute wieder mehr gefragt zu sein als ideologische Medienkampagnen des linken Boulevards.

Kultur:

Staatlich fördern heisst auch diskriminieren

Unter Kultur verstehen wir ganz allgemein das, was die Menschen in ihrem Handeln hervorbringen. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege und Förderung. Gerade der freiheitliche, föderalistische Staat hat das Ziel, ein geistiges Klima zu schaffen, das eine kulturelle Vielfalt ermöglicht. Sie darf keinesfalls als „Staatskultur“ befohlen oder verordnet werden, doch kann der Staat seinen Bürgern den Zugang zu kulturellen Einrichtungen erleichtern. Auf Zensur, Gängelung und Ausgrenzung im Kulturbereich ist zu verzichten, doch gilt dies genauso für die Kritik an eben dieser Kultur.

Kultur ist Sache der Kultur

Kultur ist grundsätzlich weder Angelegenheit des Bundes noch der Kantone oder der Gemeinden. Denn eine öffentlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem kurzlebigen modischen Zeitgeist huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik kann darum höchstens ergänzenden Charakter haben. Denn öffentliche Unterstützung der einen Projekte heisst zugleich immer Diskriminierung aller nicht geförderten Projekte. Privates Mäzenatentum oder Sponsoring sind besser geeignet, vielfältige Entwicklungen zu ermöglichen. Darum sind private Kulturstiftungen und Spenden gezielt zu fördern und steuerlich zu begünstigen.

Gegen den linken Kulturfilz

Staatlich betriebene Kulturpolitik führt dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur gezielt unterstützen, die ihnen politisch am ehesten entspricht. In den öffentlichen Kulturstiftungen und Vergabekommissionen von Förderpreisen haben sich seit einiger Zeit vornehmlich die Linken installiert. Im Stiftungsrat der Zürcher Filmstiftung sitzen der kantonale Justizminister sowie die Stadtpräsidenten von Zürich und Winterthur (alle SP). Auch lassen sich viele Kulturschaffende – unbelastet von der notwendigen Sachkenntnis – von linken Parteien für entsprechende politische Kampagnen, Parolen und Wahlkomitees einspannen. Damit kommt es zu Mauscheleien und korruptionsähnlichen Zuständen: Der linke Politikuchen unterstützt den linken Kulturkuchen – und umgekehrt.

Prestigekultur auch privat finanzieren

Die elitäre, professionelle Prestigekultur wie Opernaufführungen, Schauspiele, klassische Konzerte oder Kunstaussstellungen erfüllen eine wichtige, geistig bereichernde und anregende Funktion. Diese Spitzenkultur soll durchaus auch unkonventionell oder gar heftig umstritten sein. Da sich die „gehobenen“ Institutionen und Veranstaltungen oft der prestigereichen Kultur widmen, finden sich leichter private Geldgeber. Darum dürfen gerade sie nicht von Sparbemühungen ausgenommen werden. Es ist absolut nicht einzusehen, warum etwa das Zürcher Opernhaus 85 Prozent des kantonalen Kulturbudgets beansprucht, nämlich 415 Millionen für sechs Jahre.

Für eine gelebte Volkskultur

Die Volkskultur lebt vom freiwilligen, meist unbezahlten Engagement und richtet sich an breite Kreise. Sie erfüllt weniger das Bedürfnis nach Belehrung, sondern macht Freude und sorgt für Unterhaltung. Laientheatergruppen, Musikvereine, Chöre, Tanzformationen, Fasnachtsgesellschaften usw. sind in den Dörfern und Stadtquartieren wichtige Kulturträger.

Sie schaffen zumeist ohne öffentliche Unterstützung eine Volkskultur, die nahe an den Bedürfnissen des Publikums ist und gerade darum besondere ideelle Unterstützung verdient.

Mehr Markt in der Kultur

Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Der Wettbewerb der Ideen soll auch in der Kultur spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbei zielt, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Wer Kitsch oder seichte Unterhaltung geniessen will, soll dies ebenso können, wie jene, die Performances jenseits des „guten Geschmacks“ lieben. Nur sollten beide Richtungen nicht durch die Öffentlichkeit finanziert werden.

Sport:

Gut für Körper und Geist

Sportliche Betätigung steht wie nur wenige andere Lebensbereiche für Freude, Leistung und Fairness. Sportliche Aktivitäten verschaffen dem Menschen körperliches und geistiges Wohlbefinden und erhalten seine Leistungsbereitschaft. Die SVP unterstützt spitzensportliche Aktivitäten ebenso wie den Breiten-, Schul- und Behindertensport und ganz besonders die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen. Die Rahmenbedingungen für Sportvereine sind etwa durch unbürokratische, kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastrukturen zu verbessern.

Sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung

Die sportliche Betätigung erlaubt Jung und Alt eine sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung. Während die Linken über die mangelnde Integration ausländischer Jugendlicher jammern, setzen sich zahlreiche SVP-Anhänger als Trainer im Einzel- und Mannschaftssport genau dafür aktiv ein. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und Führungsfunktionen zu übernehmen. Der Sport bildet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung; er bringt manche Jugendliche von der Strasse weg und reduziert ihr Risiko, in die Drogensucht oder gar in die Kriminalität abzugleiten.

Sport als Unterrichtsfach

Qualifizierte Sportlektionen unter Anleitung von befähigten Lehrerinnen und Lehrern sollen Kindern und Jugendlichen Spass an Ausdauer, Bewegung und Spiel vermitteln. Der Schulsport bietet Abwechslung zum sitzenden Schulunterricht, der Breiten- oder Leistungssport einen Ausgleich zum Berufsalltag. Abgesehen vom Schulunterricht ist der Sport keine primäre Staatsaufgabe.

Spitzensport motivierend für Breitensport

Höchstleistungen von Spitzen- und Leistungssportlern motivieren die Jugend und breite Bevölkerungskreise zur sportlichen Betätigung. Sportliche Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, das schulische und berufliche mit einer professionellen sportlichen Ausbildung verbindet. Die Bereiche Sport und Gesundheit (Prävention und Rehabilitation) sind besser zu vernetzen.

Mensch, Familie und Gemeinschaft:

Miteinander statt gegeneinander

Die Generationen der verschiedenen Altersgruppen sind nach wie vor aufeinander angewiesen. Eine tragfähige Zukunft in einer stabilen Gesellschaft ist nur möglich, wenn Alt und Jung erkennen, dass sie sich gegenseitig ergänzen. Vereinsamung und Vereinzelung machen die Menschen oft unglücklich, leidend oder krank. In der Gemeinschaft mit Mitmenschen, in Familien und anderen Wohngemeinschaften, im Kreis von Freunden oder in Vereinen finden sie Geborgenheit, Sicherheit und Glück.

Familie stärken

Die Familie bildet nach wie vor die Grundlage unserer Gemeinschaft. Familien mit Eltern oder einem alleinerziehenden Elternteil verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und sorgen für Geborgenheit und Zuwendung. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen. Für Kinder, die ohne den Schutz der Familie aufwachsen müssen, sind genügend Betreuungsplätze anzubieten. Unsinnig ist indessen die staatliche Finanzierung von Kinderkrippen für Eltern, die das finanziell nicht nötig haben. Das massgebliche Familieneinkommen, ab dem die Vollkosten getragen werden, ist in den meisten Gemeinden viel zu hoch angesetzt. Die SVP setzt sich für steuerliche Erleichterungen zugunsten der Familien ein. Die Familie soll auch im Familiennamen ihren Ausdruck finden.

Alleinstehende nicht diskriminieren

Fast die Hälfte unserer Haushaltungen besteht aus alleinstehenden Personen. Die Gesellschaft darf nach Ansicht der SVP die Alleinstehenden weder diskriminieren, noch darf sie der Staat ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende und Einzelhaushalte ihren Beitrag an die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren. Auch sind sie oft gute Konsumenten und leisten damit einen wichtigen Beitrag an unsere Volkswirtschaft.

Frau und Mann als Partner

Frau und Mann sollen eine ihrer Situation und ihren Wünschen entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der beide – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Männer und Frauen sollen sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welches Amt bekleidet. Die SVP befürwortet gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Mann und Frau. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen oder gar ein „Kampf der Geschlechter“. Zweckmässig sind allein das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement in Familie, Beruf und Politik.

Die Jugend – unsere Zukunft

Kleinkinder benötigen eine feste Bezugsperson, damit ihre spätere psychische Stabilität nicht gefährdet wird. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen usw. können und sollen die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Wichtig sind für unsere Jugend neben Unterstützung und Anerkennung gute Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die SVP

unterstützt Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung.

Für aktive Senioren

Unsere betagten Mitmenschen haben nach einem langen Arbeitsleben Anrecht auf einen angemessenen Wohlstand, medizinische Versorgung und – wenn nötig – genügende Betreuung. Die ältere Generation soll am gesellschaftlichen Leben mitwirken und selbständig wohnen können, solange es ihre geistigen und körperlichen Kräfte gestatten. Altersgrenzen sind deshalb möglichst flexibel zu gestalten. Die SVP schenkt der Sicherung der erreichten Altersversorgung volle Beachtung und setzt sich dafür ein, dass auch die spitalexterne Hauspflege nach dem Solidaritätsprinzip unterstützt wird. Alterszentren sind so zu bauen, dass die Betagten Leben um sich haben und andere Menschen treffen können.

Religionen:

Unsere Werte sind herausgefordert

Die SVP bekennt sich zur abendländisch-christlichen Kultur der Schweiz. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Sowenig Politiker von den Kanzeln predigen sollen, sollen Prediger von den Kanzeln politisieren. Die SVP lehnt einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären ab, denn sie spalten damit unsere Volkskirchen. Auch widerspricht eine gleichmacherische, sozialistische Weltsicht der christlichen Botschaft, die der freien Entfaltung des einzelnen Individuums eine grosse Bedeutung zumisst.

Glaubens- und Gewissensfreiheit garantieren

Weder eine Partei noch der Staat soll die Mitmenschen auf Glaubensdinge verpflichten oder ihnen den „richtigen“ Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern das freie Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und für die kirchlichen Tätigkeiten. Diese Toleranz findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften diese Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen. Im Kanton Zürich leben mehrere Zehntausend Angehörige des muslimischen Glaubens. Ihre Zahl vermehrt sich rasant durch Immigration, Familiennachzug, Zwangsheiraten und hohe Geburtenrate. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch hat dieses in jüngerer Zeit nicht einfach nur diffuse Ängste in der Bevölkerung erzeugt, sondern in andern westlichen Staaten zu konkreten, grausamsten Terrorakten geführt. In französischen und englischen Vorstädten breiten sich Arbeitslosigkeit und Gewalt fast ungehindert aus. Im Jahr 2005 wurden in Frankreich 45'000 Autos durch randalierende islamische Jugendliche „abgefackelt“.

Hier gelten unsere Regeln...

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung von Gegenrecht bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem dürfen nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf

sich unter keinen Umständen der Scharia beugen, unsere Gerichte dürfen einen islamischen „Kulturhintergrund“ keinesfalls als Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung und gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, „Ehrenmorden“, Blutrache, Genitalbeschneidung oder Eheschliessung mit Minderjährigen ist hierzulande absolut inakzeptabel. Die feige, eingeschücherte Haltung gewisser Politiker, Journalisten und Kirchenvertreter ist bedenklich. Auch bei den Linken und sogar bei den Gleichstellungsbüros herrscht Schweigen.

... und zwar für alle!

Das Ausländerrecht hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich das Islamproblem nicht weiter verschärft und unsere Integrationsfähigkeit übersteigt. Es ist klarzumachen, dass hier unsere Regeln gelten und sich jeder anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz steht über der Religionsfreiheit. Darum sind etwa Dispensation im Schwimmunterricht oder Sonderwünsche im Bestattungswesen nicht zulässig. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden. Der Bau von Minaretten ist Ausdruck eines religiös-politischen Machtanspruchs und darum abzulehnen. Denn es ist abzusehen, dass bald auch ein Muezzin die islamischen Gläubigen von diesen Minaretten zusammenrufen wird.

Partei der Grundsätze:

Darum braucht es eine starke SVP

Die Bürgerinnen und Bürger haben die SVP in den letzten Jahren in der Schweiz wie im Kanton Zürich zur wählerstärksten Partei gemacht. Das erfüllt die Gegner der SVP nicht mit Freude. Sie wollen eine schwache SVP im Bundesrat, in den Kantonsregierungen, in den Stadt- und Gemeinderäten wie in den Parlamenten aller Stufen. Die SVP macht aber nicht Politik für ihre politischen Gegner, sondern für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Das ist ziemlich genau das Gegenteil der Politik unserer Gegner.

Keine bequeme Pseudo-Harmonie

Warum wollen die ändern eine schwache SVP? Nur schwache Parteien können starke Gegner nicht ertragen. Doch unsere direkte Demokratie lebt davon, dass wir alle Themen kontrovers behandeln. Dazu braucht es unterschiedliche Köpfe. Wenn alle gleich denken, erreichen wir nur eine Pseudoharmonie, das Gegenteil von guten Lösungen. Gute Lösungen muss man sich erarbeiten, erstreiten und erkämpfen. Dazu braucht es starke Vertreter in allen Parteien.

Grundsätze als politischer Kompass

Warum braucht es eine starke SVP? Weil wir gute Grundsätze vertreten. Wer als Parteivertreter nicht weiss, wofür seine Partei grundsätzlich steht, wird in den konkreten Fragen immer scheitern oder die falsche Politik betreiben. Wer aber den Kompass richtig einstellt, wird seinen Weg und das richtige Ziel finden. Ist der Kompass aber erst einmal richtig eingestellt, kann die Lösung im konkreten Fall nicht falsch sein. Darum ist es wichtig, Grundsätze zu haben und an ihnen festzuhalten. Die SVP hat ihren Wählerauftrag zu erfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger wählen die SVP, weil sie an unsere Grundsätze, an unsere Lösungen, an unsere Durchsetzungskraft glauben.

Festhalten an den Grundsätzen

Wenn die SVP ihre Arbeit richtig macht, dann bringt sie ihre Grundsätze überall ein: in den Gemeinden, im Kanton und im Bund. Politik hat man dort zu betreiben, wo sie sich aufdrängt: in den Parlamenten, Regierungen und Behörden, vor allem aber auch mit den Mitteln der direkten Demokratie. Aufbauend auf dem Boden der Wirklichkeit, den Problemen offen in die Augen schauend, Klartext redend, die Lösungen unbeirrt auch gegen Anfeindungen vertretend – das alles hat die SVP stark gemacht. Das Wichtigste neben dem Festhalten an den Grundsätzen ist der Durchhaltewille. Darum nehmen die Vertreter der SVP auch einen beschwerlichen Weg auf sich. Denn sie alle wissen: Je weniger die SVP-Politiker an sich selber denken, desto mehr denken die Wählerinnen und Wähler an sie.